

# AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

## des Einwohner-Gemeinderates der Stadt Solothurn

---

20. August 2024

Geschäfts-Nr. 45

### 5. Massnahmenplan Finanzen; Beschlussfassung

Referenten: Reto Notter, Finanzverwalter  
Pascal Walter, Vorsitzender Wirtschafts- und Finanzausschuss

Vorlagen: Konsolidierter Protokollauszug des Wirtschafts- und Finanzausschusses  
Massnahmenblätter weiterverfolgen mit Beilage  
Massnahmenblätter in Umsetzung  
Massnahmenblätter nicht weiterverfolgen  
Excel-Tabelle: Übersicht über alle Massnahmen  
Protokollauszug GRK Nr. 115 vom 29.10.2023  
Protokollauszug Mitbericht des Ausschusses für Präsidiales, Kultur, Sport und öffentliche Sicherheit Nr. 13 vom 27.05.2024  
Beilage zu Sparmassnahme 7

### Einleitung

Am 17. Januar 2023 wurde die am 13. September 2022 eingereichte Motion der FDP-Fraktion betreffend «Aufgabenüberprüfung und Benchmarking» erheblich erklärt. Das Stadtpräsidium wurde beauftragt, bis im März 2023 sämtliche Budgetpositionen in obligatorische Gemeindeaufgaben, unter Nennung des begründenden Rechtstitels und freiwillig erbrachte Gemeindeleistungen aufzugliedern. Die Ausgaben für die obligatorischen Gemeindeaufgaben wurden zusätzlich in Relation zu verfügbaren Benchmark-Daten gesetzt.

Ziel ist es, ab 2025 eine finanzielle Verbesserung durch Massnahmen auf der Aufwand- und/oder Ertragsseite (Ausnahme Steuererhöhung) um 3,8 Mio. Franken zu erzielen.

Bis Ende Juli 2023 mussten die Verwaltungsleiterinnen und Verwaltungsleiter zu allen Spar- und Optimierungsmassnahmen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen, ein

Massnahmenblatt ausfüllen. Aufgrund dieser Massnahmenblätter bewerteten alle Verwaltungsleiterinnen und Verwaltungsleiter bis Ende August 2023 die Massnahmen nach folgenden drei Kriterien:

- |               |  |
|---------------|--|
| A<br>1 Punkt  | Umsetzung machbar, die Auswirkungen für die Qualität der Dienstleistungserbringung und für die Stadt sind verkraftbar                      |
| B<br>2 Punkte | Umsetzung eher nicht empfohlen, ungünstige Auswirkungen für die Qualität der Dienstleistungserbringung und für die Attraktivität der Stadt |

Expediert

C  
3 Punkte                      Umsetzung nicht empfohlen, negative Auswirkungen für die Qualität der Dienstleistungserbringung und nachhaltig negative Konsequenzen für die Stadt

Daraus resultierte ein durchschnittlicher Zustimmungswert zwischen 1,0 (sofort umsetzbar) und 3,0 (Umsetzung nicht zu empfehlen).

Die Gemeinderatskommission hat am 19. Oktober 2023 den Massnahmenplan Finanzen behandelt und Folgendes beschlossen: Der Wirtschafts- und Finanzausschuss erarbeitet zuhanden des Gemeinderates Anträge, welche dieser Spar- und Optimierungsmassnahmen weiterzuverfolgen bzw. umzusetzen sind.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss hat die Massnahmenblätter in 7 Sitzungen besprochen und in die Kategorien weiterverfolgen, nicht weiterverfolgen und in Umsetzung eingeteilt. Dazu erhielt er von der Gemeinderatskommission die Kompetenz, zusätzliche Unterlagen und Stellungnahmen einzufordern.

Als Akten für den Gemeinderat werden die einzelnen Massnahmenblätter mit den Diskussionen und dem Entscheid aus dem Ausschuss ergänzt. Die Massnahmenblätter werden nach Kategorie und Nummern hintereinander aufgeführt. Es werden drei Dateien erstellt, eine mit denjenigen Massnahmen die **nicht weiterverfolgt** werden, eine mit denjenigen Massnahmen die **weiterverfolgt** werden sollen und eine Datei mit denjenigen Massnahmen, die sich bereits **in der Umsetzung** befinden. Zusätzlich wird die Excel-Tabelle mit der Spalte Ja (weiterverfolgen) und Nein (nicht weiterverfolgen) dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt, damit die Suchfunktion verwendet werden kann.

#### Beratung im Wirtschafts- und Finanzausschuss vom 20. März 2024

Es wird eine grundsätzliche Diskussion über den Zeitplan bis zur Behandlung des Massnahmenplans in der Gemeindeversammlung geführt. Es finden aktuell Überlegungen statt, eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einzuberufen, da zurzeit viele Themen (GO/DGO Revision, Rechnung 2023, Motion Solarstadt, Abfallreglement, Parkplatzreglement etc.) für die Gemeindeversammlung im Juni anstehen.

Die nächste Ausschusssitzung ist mit der Rechnung 2023 schon gut ausgefüllt. Deshalb wird ein zusätzlicher Termin gesucht. Ebenso wird ein zusätzlicher Sitzungstermin für den Gemeinderat zur Behandlung des Massnahmenplans Finanzen als sinnvoll erachtet. Dabei wird angestrebt, dass die Beschlüsse des Gemeinderates im Budget 2025 umgesetzt werden können. Ebenso möchte der Ausschuss den Massnahmenplan Finanzen als Ganzes dem Gemeinderat vorlegen. In der Diskussion des zeitlichen Ablaufs wird die Thematik der Behandlung Stadtpolizei miteinbezogen. Ein Ausschluss der Öffentlichkeit ist nicht anzustreben, da offensichtlich wäre, welcher Punkt unter dem Ausschluss diskutiert würde.

Folgender möglicher Ablauf wird von Seiten des Ausschusses vorgeschlagen.

GR  
02.07.2024                      ausserordentliche Gemeinderatssitzung Massnahmenplan Finanzen  
20.08.2024                      Beschlussfassung Massnahmenplan

GV  
Oktober                              ausserordentliche Gemeindeversammlung

## Beratung im Wirtschafts- und Finanzausschuss vom 20. März 2024

### *Diskussion: Was heisst Massnahmen «weiterverfolgen»?*

Ein Mitglied ist der Meinung, dass unter dem Begriff «weiterverfolgen» klar zu verstehen ist, dass der Massnahme zugestimmt wird und der Gemeinderat diese weiterverfolgen soll. Sollten sich aber bis zur Umsetzung neue Informationen ergeben, könnte man auf den Entscheid zurückkommen.

Ein Mitglied ist der Ansicht, dass der Begriff «weiterverfolgen» im Ausschuss bewusst gewählt wurde, da bei einigen Massnahmen zur Umsetzung noch weitere Schritte notwendig sind (andere Beschlüsse, Vertragskündigungen oder -anpassungen).

Weiter wird von einem Mitglied festgehalten, dass nicht die Absicht besteht, im Ausschuss ein «weiterverfolgen» erwirkt zu haben, damit der Beschluss im Gemeinderat diskutiert wird. Der Ausschuss wird und soll die beschlossenen Massnahmen entsprechend im Gemeinderat vertreten. Ein Mitglied bestätigt, dass auch der langsam spürbare «Wahlkampf» diesem Geschäft nicht dienlich ist. Ein anderes Mitglied merkt an, dass Massnahmen, die einstimmig gefällt wurden, auch einstimmig im Gemeinderat vertreten werden müssen. Aber ebenso steht fest, dass die Mehrheitsbeschlüsse des Ausschusses im Gemeinderat zu Diskussionen führen werden.

**Der Ausschuss ist sich einig, dass der Begriff «weiterverfolgen» heisst, dass die Massnahme zur Einsparung umgesetzt werden soll. Dafür sind je nach Massnahme weitere Schritte oder / und ein weiterer Beschluss der politischen Behörden notwendig.**

Ein anderes Mitglied ergänzt, dass für die Diskussion in den Fraktionen und auch im Gemeinderat eine Liste mit den Massnahmen, die es umzusetzen gilt und eine Liste mit den Massnahmen, die nicht umzusetzen sind zur Verfügung gestellt werden. Der Vorsitzende stellt zur Verfügung, dass er das Geschäft gerne in jeder Fraktion vorstellt.

## Beratung im Wirtschafts- und Finanzausschuss vom 15. Mai 2024

### **Finanzplan / Finanzvermögen**

Der Finanzverwalter wurde anlässlich der letzten Sitzung gebeten, den 10jährigen Finanzplan im Ausschuss vorzustellen. Der Finanzplan wurde heute innerhalb der Stadtverwaltung korrigiert. Wichtig sind die Investitionssummen wie folgt:

Jahr	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034
Mio. Fr.	26	27	27	33	25	26	15	30	14	7

Die Finanzinvestitionen werden anlässlich der Gemeinderatssitzung inkl. der Ersatzmitglieder besprochen. Der Finanzplan wird noch vom Leiter Stadtbauamt bereinigt, bevor dieser der Politik zur Verfügung gestellt werden kann.

Zum Finanzvermögen zeigt der Finanzverwalter kurz eine Auflistung aller Grundstück mit deren Potenzial auf. Einzelne Objekte weisen ein gutes Potenzial auf, sei es durch Baurechtszinsen, Vermietungen oder Verkauf. Die bereinigte Liste wird zu einem späteren Zeitpunkt der Politik vorgestellt. Ein Mitglied fragte an der letzten Sitzung explizit nach dem Viehmarktplatz. Aus den Parkgebühren resultieren Einnahmen von rund Fr. 80'000.- jährlich. Dieser Betrag könnte mit Baurechtszinsen nicht erwirtschaftet werden.

## **Sparpotenzial**

Die Excel-Liste wird mit einer zusätzlichen Spalte Sparpotenzial WiFi ergänzt. Die Massnahmen werden einzeln durchbesprochen, welche Einsparpotenziale als realistisch angenommen werden. Am Schluss resultiert ein mögliches Einsparpotenzial seitens des Ausschusses von insgesamt 6,5 Mio. Franken (ohne Steuern).

Es wird auf eine Gesprächswiedergabe verzichtet. Das Diskussionsresultat ist in der Excel-Liste ersichtlich. Bei dieser Diskussion wurden diejenigen Beträge aufgenommen, die einen Umsetzungshorizont innerhalb von vier Jahren ausweisen.

## **Antrag**

Es wird eingehend diskutiert, wie der Ausschuss im Gemeinderat auftreten soll. Für alle ist klar, dass nun nicht einzelne Massnahmen rausgepickt werden und das ganze Prozedere von vorne beginnt. Der Ausschuss hat nun in sieben Sitzungen alle Massnahmen einzeln und eingehend besprochen. Sinnvollerweise informiert sich der Ausschuss gegenseitig, sollte in der Diskussion innerhalb der Fraktionen sich grössere Unstimmigkeiten ergeben.

**Der Ausschuss beschliesst einstimmig, dass die beschlossenen Sparmassnahmen als Paket vom Wirtschafts- und Finanzausschuss im Gemeinderat vertreten werden.**

Als Antrag an den Gemeinderat hat der Wirtschafts- und Finanzausschuss

**beschlossen:**

### *Einstimmig*

Der Begriff «weiterverfolgen» heisst, dass die Massnahme zur Einsparung umgesetzt werden soll. Dafür sind je nach Massnahme weitere Schritte und / oder ein weiterer Beschluss der politischen Behörden notwendig.

## **Bildung und Soziales (Nr. 47, 50, 52 bis 63, 89, 91 bis 97, 99)**

### *Einstimmig*

- Nr. 47** Die Massnahme «Leistungsvereinbarung mit altem Spital neu ausschreiben» ist aufgrund der aktuellen Behandlung in der Gemeinderatskommission zu sistieren.
- Nr. 50** Die Massnahme Beitrag an den Spitexverein Solothurn für die Nachtdienstzulage und den Mahlzeitendienst soll nicht weiterverfolgt werden. Der Regionale Nachtdienst wird aufgrund Personalmangel und reduzierter Bedarfsnachfrage seitens der Spitex eingestellt.
- Nr. 52** Die Massnahme zur Streichung des Beitrages an das INVA Mobile ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 53** Die Altersehrung ist im bestehenden Umfang beizubehalten, weshalb diese Massnahmen nicht weiterzuverfolgen ist.

*6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung*

**Nr. 54** Der Betrag des Jugendprojektfonds soll gemäss dem Vorschlag der Massnahme auf Fr. 10'000.- jährlich gekürzt werden. Die Massnahme ist also weiterzuverfolgen.

*Einstimmig*

**Nr. 55** Das Plafonieren oder sogar streichen der Betreuungsgutscheine ist nicht weiterzuverfolgen.

**Nr. 56** Die Massnahme zur Streichung des Beitrags an Schüler und Schülerinnen des Tannenwegs ist nicht weiterzuverfolgen.

**Nr. 57** Die Massnahme zur Streichung des Beitrags an Familien mit Spielgruppenkindern ist nicht weiterzuverfolgen.

**Nr. 58** Die Streichung des Beitrags an Arkadis für die Förderung der Kinder zwischen 1.5 und 3 Jahren ist nicht weiterzuverfolgen.

**Nr. 59** Die Streichung der Beiträge an Integrationsprojekte (Schwimmkurs) wird empfohlen weiterzuverfolgen.

**Nr. 60** Die Streichung des Beitrags an den Verein Schlüsselperson ist nicht weiterzuverfolgen.

**Nr. 61** Die Massnahme zur Streichung der Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist nicht weiterzuverfolgen.

**Nr. 62** Die Streichung der Beiträge an Präventionsprojekte zugunsten der Solothurner Bevölkerung ist weiterzuverfolgen und umzusetzen.

**Nr. 63** Die Streichung der Beiträge an Hilfsaktionen im Ausland ist weiterzuverfolgen und umzusetzen.

*6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung*

**Nr. 89** Die Erhebung von Beiträgen für das Klassenlager ist unter Anwendung des Sozialtarifes weiterzuverfolgen.

*Einstimmig*

**Nr. 91** Die Erhöhung der Elternbeiträge Musikschule ist nicht weiterzuverfolgen.

**Nr. 92** Die Massnahme zur Erhöhung der Elternbeiträge Tagesbetreuung ist weiterzuverfolgen, befindet sich aber bereits in der Umsetzung.

**Nr. 93** Die Senkung der Kosten der Schulbibliothek ist weiterzuverfolgen und umzusetzen.

**Nr. 94** Die Umsetzung der Integration des Schuljuss ins Marketing- und Kommunikationskonzept, innerhalb von zwei Jahren, ist weiterzuverfolgen und umzusetzen.

**Nr. 95** Die Massnahme zur Streichung des Schulsport Angebots ist nicht weiterzuverfolgen.

- Nr. 96** Aufgrund der laufenden Ausschreibung zur IT-Landschaft der Stadt Solothurn ist diese Massnahme weiterzuverfolgen und in der Liste der sich in Umsetzung befindenden Massnahmen aufzuführen.
- Nr. 97** Eine mögliche Erhöhung der Elternbeiträge an die freiwilligen Lager soll im Jahre 2026 erneut geprüft werden, unter Einbezug der erzielten Mieterträge. Somit ist die Massnahme weiterzuverfolgen.
- Nr. 99** Die Massnahme Hausaufgabenbetreuung soll dahingehend weiterverfolgt werden, als dass der Sinn und der Bedarf bezogen auf die bestehenden Tagesstrukturen geprüft werden soll.

### **Gebühren und Entgelte (Nr. 12, 16, 17, 19, 23, 71, 83a und b, 84, 102)**

#### *Einstimmig*

- Nr. 12** Die Überprüfung der Mietzinse der Schiffanlegestellen (Bootsplätze) soll weiterverfolgt werden.
- Nr. 16** Die Anpassung des Vertrages mit der Tochtergesellschaft Regio Energie, soll im Rahmen der Statutenrevision RES weiterverfolgt werden.
- Nr. 17** Die Überprüfung aller Verbandsbeiträge wird empfohlen weiterzuverfolgen mit dem Auftrag an die Stadtverwaltung die vorgeschlagenen Fr. 30'000.- einzusparen.
- Nr. 19** Alle Gebühren via Gebührenreglement sollen geprüft und somit weiterverfolgt werden. Insbesondere sind die folgenden Massnahmen weiterzuverfolgen:
- Die Gebührenerhöhung gemäss Teuerungsausgleich.
  - Die konsequente Verrechnung der Dienstleistungen und die Verrechnung der Aufwendungen für Veranstaltungen.
  - Die Gebühr der Melde- und Lebensbescheinigung mit einer Erhöhung auf Fr. 20.-.
  - Die Kremationsgebühr mit einer Erhöhung auf Fr. 550.-.
  - Mit grösseren Anlässen (HESO, Fasnacht, Märetfescht etc.) sollen Leistungsvereinbarungen erstellt werden.
- Nr. 23** Der Abbau der Finanzkommission soll im Rahmen der GO Revision weiterverfolgt werden.
- Nr. 71** Die Anpassung der Höhe der Markt-Gebühren ist weiterzuverfolgen. Es wird darum gebeten einen Benchmark einzuholen.

#### *6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme*

- Nr. 83a** Die Massnahme öffentliche Parkierungsanlagen mit Schrankensystemen auszustatten soll weiterverfolgt werden.

#### *Einstimmig*

- Nr. 83b** Die Bewirtschaftung aktuell nicht bewirtschafteter Parkfelder wurde bereits vom Gemeinderat genehmigt und soll im Dokument «in Umsetzung» weiterverfolgt werden.

Nr. 84 Die Massnahmen gemäss Parkraumkonzept wurden vom Gemeinderat bereits genehmigt und sollen im Dokument «in Umsetzung» weiterverfolgt werden.

Nr. 102 Die Synergiennutzung der Feuerwehr mit Leistungsübernahmen für die umliegenden Gemeinden soll nicht weiterverfolgt werden.

## **Kultur und Sport (Nr. 3 bis 5, 7, 8, 28 bis 35, 37 bis 39, 48, 49, 74 bis 80, 87, 118 bis 124)**

### *Einstimmig*

Nr. 3 Die Prüfung des Beitrags an die Zentralbibliothek soll mit dem Ziel einer Leistungsvereinbarung weiterverfolgt werden.

Nr. 4 Die zusätzlichen Beiträge an TOBS sollen geprüft werden, nicht aber der ordentliche Beitrag.

Nr. 5 Die Massnahme zur Reduktion der Beiträge an die Gemeinde Zuchwil für das Sportzentrum und die Traglufthalle wird empfohlen nicht weiterzuverfolgen.

Nr. 7 Die diversen Beiträge an die Sportvereine inkl. der Jugendförderung und der J+S Beiträge sind zu prüfen. Dabei wird mit 5 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung empfohlen die J+S Beiträge auf 50 Prozent zu reduzieren. Die J + M Beiträge sind analog zu handhaben.

Nr. 8 Die Massnahme zum Mietvertrag Hallenbad mit dem Kanton soll weiterverfolgt werden. Insbesondere sollen Verhandlungen mit dem Kanton für einen Rabatt des Mietzinses aufgenommen werden, da die Sanierung weiterhin ausstehend ist.

Nr. 28 Die Schliessung oder der Verkauf des Konzertsaals ist nicht weiterzuverfolgen.

Nr. 29 Die Schliessung oder der Verkauf des Landhauses soll nicht weiterverfolgt werden.

Nr. 30 Die Massnahme «Entschädigung an Solothurn Tourismus» ist nicht weiterzuverfolgen.

Nr. 31 Der Beitrag an die Solothurner Filmtage soll zwar nicht gestrichen oder gekürzt werden, dennoch soll eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden. Deshalb wird die Massnahme auf das Dokument «weiterzuverfolgen» aufgenommen mit dem Sparpotenzial Fr. 0.-.

Nr. 32 Der Beitrag an den Prix de Soleure soll zwar nicht gestrichen oder gekürzt werden, dennoch soll eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden. Deshalb wird die Massnahme auf das Dokument «weiterzuverfolgen» aufgenommen mit dem Sparpotenzial Fr. 0.-.

Nr. 33 Der Beitrag an die Solothurner Literaturtage soll zwar nicht gestrichen oder gekürzt werden, dennoch soll eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden. Deshalb wird die Massnahme auf das Dokument «weiterzuverfolgen» aufgenommen mit dem Sparpotenzial Fr. 0.-.

Nr. 34 Der Beitrag an den Verein Muttiturm soll im Sinne einer Vereinheitlichung der Praxis der Kulturbeiträge der Stadt Solothurn geprüft und somit weiterverfolgt werden.

Nr. 35 Der Beitrag an das Steinmuseum ist zu prüfen und weiterzuverfolgen.

- Nr. 37** Der Beitrag an die Kulturnacht Solothurn soll zwar nicht gestrichen oder gekürzt werden. Die Beträge sollen aber nur noch auf Gesuch hin ausbezahlt werden. Deshalb wird die Massnahme auf das Dokument «weiterzuverfolgen» aufgenommen mit dem Sparpotenzial Fr. 0.-.
- Nr. 38** Eine Kürzung der diversen Beiträge der Stadtpräsidentin soll nicht weiterverfolgt werden.
- Nr. 39** Die Defizitbeiträge der Stadt Solothurn an KreuzKultur sind dahingehend zu prüfen und weiterzuverfolgen, als dass eine Vereinheitlichung der Praxis anzustreben ist.
- Nr. 48** Die Reduktion oder Streichung des Beitrages an den Verein Quartierspielplatz ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 49** Die Ludothek soll vorerst an ihrem Standort verbleiben, weshalb diese Massnahme nicht weiterzuverfolgen ist.

*5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen*

- Nr. 74** Der Beitrag an Private für denkmalgeschützte Bauten ist zu streichen und deshalb weiterzuverfolgen.

*Einstimmig*

- Nr. 75** Es wird empfohlen die Eintrittsgebühren der Erwachsenen für das Freibad auf Fr. 7.- zu erhöhen und eine Anpassung der Saisonabonnements zu prüfen. Somit soll die Massnahme weiterverfolgt werden.
- Nr. 76** Es soll ein Logosponsoring der Eintrittskarten der Stadtkinder für das Freibad geprüft werden und so das Sponsoring der Eintrittsgebühren für Solothurner Kinder weiterverfolgt und umgesetzt werden.

*6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung*

- Nr. 77** Die Massnahme ist mit Ausführungsdatum 2030 weiterzuverfolgen. Dabei gilt, die Nutzer der Sportplätze und den FC Solothurn gleichwertig in einer Form an der Reinigung zu beteiligen.

*Einstimmig*

- Nr. 78** Die Massnahme, dass sich die Nutzer an den Unterhaltskosten der Sportplätze beteiligen sollen, ist nicht weiterzuverfolgen.

*6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung*

- Nr. 79** Die Massnahme ist mit Ausführungsdatum 2030 weiterzuverfolgen. Dabei gilt, die Nutzer der Sportplätze und den FC Solothurn gleichwertig in einer Form an der Reinigung zu beteiligen.

*Einstimmig*

- Nr. 80** Es wird einstimmig empfohlen, dem FC Solothurn soll kein Anteil an die Unterhaltskosten in Rechnung gestellt werden. Somit ist die Massnahme nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 87** Die Betreuung der Vogelvolière wird altersbedingt in den nächsten Jahren aufgelöst, weshalb auch dieser Beitrag wegfallen wird. Die Massnahme wird somit im Dokument «in Umsetzung» aufgenommen.



- Nr. 118 Die Erhebung von Eintrittspreisen im Naturmuseum ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 119 Die Schliessung des Museumsbetriebes im Naturmuseum ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 120 Die Erhebung von Eintrittspreisen im Museum Blumenstein ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 121 Die Schliessung des Ausstellungsbetriebes des Museum Blumensteins ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 122 Die Erhebung von Eintrittspreisen im Kunstmuseum ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 123 Die Schliessung des Ausstellungsbetriebes des Kunstmuseums ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 124a Eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton für die Erschliessung und die wissenschaftliche Aufarbeitung der kantonalen Sammlungsbestände im Museum Blumenstein soll weiterverfolgt und umgesetzt werden.
- Nr. 124b Eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton für die erbrachten Leistungen im Bereich Bildung, Beratung und Sammelpflege des Naturmuseums soll weiterverfolgt und umgesetzt werden.

#### **Liegenschaften (Nr. 9, 10, 15a bis 15e, 66 bis 70, 72, 73, 103)**

##### *Einstimmig*

- Nr. 9 Die Massnahme den Mieterlass beim CIS aufgrund des schlechten Zustandes durchzusetzen soll weiterverfolgt werden.
- Nr. 10 Der kostendeckende Betrieb des Ferienheims Saanenmöser soll analog zur Massnahme Nr. 97, mit einer Prüfung in zwei Jahren, weiterverfolgt werden.
- Nr. 15a Die Abgabe im Baurecht oder der Verkauf der Parzelle GB-Nr. 1999 (Land am Nelkenweg) ist weiterzuverfolgen.
- Nr. 15b Die Abgabe im Baurecht oder der Verkauf der Parzelle GB-Nr. 3126 (Land an der Brüggmoosstrasse) ist weiterzuverfolgen.
- Nr. 15c Die Abgabe im Baurecht oder der Verkauf der Parzelle GB-Nr. 3156 (Land an der Steinbruggstrasse) ist weiterzuverfolgen.
- Nr. 15d Der Verkauf der Parzellen GB-Nrn. 357, 358, 955 und 1131 (Dornacherstrasse) ist weiterzuverfolgen.
- Nr. 15e Die Überprüfung der Nutzung weiterer unbebauter Grundstücke des Finanzvermögens soll weiterverfolgt werden.
- Nr. 66 Die Ansprüche an Büroräumlichkeiten abteilungsübergreifend zu harmonisieren soll im Rahmen der Reorganisation weiterverfolgt, optimiert und realisiert werden. Als Richtlinie gilt, pro FTE ein Arbeitsplatz.

- Nr. 67 Die Raumaufteilung mit den bestehenden Büroräumlichkeiten soll im Rahmen der Reorganisation weiterverfolgt, optimiert und realisiert werden. Als Richtlinie gilt, pro FTE ein Arbeitsplatz.
- Nr. 68 Für die Zukunft soll ein einheitlicher Standard für die Schulraumgestaltung weiterverfolgt werden.
- Nr. 69 Die Massnahme der frühzeitigen Bedürfnisabklärung beim Besteller und deren frühzeitige Bewertung durch die Politik soll weiterverfolgt werden.
- Nr. 70 Die Überprüfung des Facility Management Konzepts über alle Verwaltungseinheiten hinweg soll weiterverfolgt werden. Weiter soll das Stadtbauamt zuhanden des Gemeinderates mitteilen, in welchem Ausführungsstand sich das Konzept befindet.
- Nr. 72 Die Überprüfung der Aufgabenschnittpunkte der Hauswarte und des Werkhofes und somit die Realisation von möglichen Einsparungen bei Verbrauchsmaterial, Geräten und Maschinen soll weiterverfolgt werden.
- Nr. 73 Tiefere Energiekosten durch kontinuierliche nachhaltige Sanierungen der Liegenschaften ist weiterzuverfolgen.
- Nr. 103 Die Massnahme der Kündigung nicht mehr benötigter Zivilschutzanlagen soll weiterverfolgt und umgesetzt werden.

#### **Personalaufwand (DGO) (Nr. 2, 11, 100, 104 bis 117)**

##### *Einstimmig*

- Nr. 2 Die Zusammenarbeit und Organisation des Bereichs Steuern zwischen den Einwohnerdiensten und Finanzen ist geklärt und befindet sich in der Umsetzung. Aus diesem Grund wird die Massnahme im Dokument «in Umsetzung» aufgeführt.
- Nr. 11 Die Reorganisation der AHV-Zweigstelle befindet sich bereits in der Umsetzung und wird entsprechend im Dokument «in Umsetzung» aufgeführt.
- Nr. 100 Die Massnahme zur Arbeitssicherheit ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 104 Die Überprüfung der Leistungsprämien der Verwaltung soll im Rahmen der Überprüfung der DGO weiterverfolgt werden.
- Nr. 105 Die Reserve für Löhne von nebenamtlichem Personal als Reserve für Ausfälle nicht mehr im Budget zu führen, sondern über Nachtragskredite in der GRK zu bewilligen wird vom Ausschuss empfohlen nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 106 Die Massnahme Streichung Weiterbildung Seminar wird empfohlen im Rahmen der DGO-Überarbeitung mit anderen aufgabenbezogenen Weiterbildungen zu vereinheitlichen.
- Nr. 107 Die Reduktion der Kosten für Personalwerbung ist weiterzuverfolgen.
- Nr. 108 Die Abschaffung des Personalfestes soll nicht weiterverfolgt werden.
- Nr. 109 Die Massnahme Personalzeitung nur noch online, soll im Rahmen des Kommunikationskonzeptes weiterverfolgt werden.

- Nr. 110 Die Massnahme Einsparungen beim Treff der Pensionierten soll mit dem Verzicht auf die Einladung des Lebenspartners oder Lebenspartnerin weiterverfolgt und umgesetzt werden.
- Nr. 111 Die Massnahme der Reduktion der Leitungsstellen durch Verteilung der Aufgaben wird bereits umgesetzt und befürwortet. Die Massnahme wird im Dokument «in Umsetzung» aufgeführt.
- Nr. 112 Die Reduktion der Aus- und Weiterbildungen soll im Rahmen der Überarbeitung der DGO weiterverfolgt werden. Dabei ist eine einheitliche Regelung über alle Abteilungen anzustreben.
- Nr. 113 Die Massnahme der Reduktion der KV-Lernenden soll nicht weiterverfolgt werden.
- Nr. 114 Die Streichung der städtischen Familienzulage soll im Rahmen der Überprüfung der DGO weiterverfolgt werden.
- Nr. 115 Die Reduktion des Arbeitgeberbeitrags an die Pensionskasse auf 50 Prozent, soll im Rahmen der Überprüfung der DGO weiterverfolgt werden.
- Nr. 116 Die Aufteilung der NBU-Versicherungsleistung wird empfohlen im Rahmen der Überprüfung der DGO weiterzuverfolgen.
- Nr. 117 Die Streichung der Überbrückungsrente soll im Rahmen der Überprüfung der DGO weiterverfolgt werden.

**Betriebs- und Sachaufwand (Nr. 1, 13, 18, 24 bis 27, 40 bis 46, 81, 82, 85, 86, 88)**

*Einstimmig*

- Nr. 1 Das Einsparpotenzial ab 2028 bei Überprüfung der RPK ist ohne die Überprüfung RPK weiterzuverfolgen.
- Nr. 13 Die Massnahme, das Bank- und/oder Postkonto zu wechseln und so eine Senkung der Gebühren zu bewirken, ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 18 Die Überprüfung aller Versicherungsprämien wird bereits umgesetzt, weshalb die Massnahme im Dokument «in Umsetzung» aufgenommen wird.
- Nr. 24 Die Optimierungen zur Massnahme, keine analogen Drucksachen mehr für die GV-Publikation zugunsten einer online resp. amtliche Publikation, ist weiterzuverfolgen.
- Nr. 25 Die Reduktion der Schalteröffnungszeiten soll weiterverfolgt werden. Da sich die Massnahme bereits in der Umsetzung befindet, wird diese in das Dokument «in Umsetzung» ohne Sparpotenzial aufgenommen.
- Nr. 26 Die Unterlagen für den Gemeinderat konsequent nur noch digital zur Verfügung zu stellen, ist weiterzuverfolgen.
- Nr. 27 Die Massnahme ist mit der Neuanstellung der Friedensrichterin erledigt und wird somit im Dokument «in Umsetzung» aufgeführt.
- Nr. 40 Die Massnahme ist nicht weiterzuverfolgen, da kein Sparpotenzial ersichtlich ist.

- Nr. 41 Die Auflösung der Spezialfinanzierung Friedhof und das profitable Betreiben des Krematoriums durch Gebührenerhöhung ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 42 Die Massnahme zur Streichung oder Reduktion der Spesen für Besuche der Partnerstädte ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 43 Der Beitrag an Solothurn Tourismus zu prüfen, ist weiterzuverfolgen. Dabei muss definiert werden, welche Leistungen es zu welchem Preis braucht.
- Nr. 44 Der Beitrag an Solothurn Services ist im Zusammenhang mit der Massnahme Nr. 43 weiterzuverfolgen.
- Nr. 45 Die Streichung und Kürzung des Beitrages an die Standortförderung espace Solothurn soll im Rahmen der Massnahme Nr. 19 weiterverfolgt werden.
- Nr. 46 Die Massnahme zur Reduktion der Exekutive auf 15 Gemeinderäte und in diesem Zuge allenfalls zwei Ausschüsse zu reduzieren, ist nicht weiterzuverfolgen, da diese Massnahme kein finanztechnischer Entscheid ist und im Rahmen der GO-Überarbeitung geprüft wird.
- Nr. 81 Das Reduzieren des Leistungsstandards des Werkhofs bei den Parkanlagen ist nicht weiterzuverfolgen.
- Nr. 82 Die Senkung der Energiekosten durch energieeffizienten Ersatz der Beleuchtung wurde bereits im Gemeinderat beschlossen und befindet sich somit in Umsetzung.
- Nr. 85 Die Massnahme zum Betrieb der WC-Anlage Rythalle ist mit einer personellen Reduktion weiterzuverfolgen.
- Nr. 86 Die Thematik wird in der GRK beschlossen und weist kein Sparpotenzial auf. Die Massnahme wird im Dokument «in Umsetzung» aufgeführt.

*4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen*

- Nr. 88 Die Massnahme das Energielabel Gold nicht mehr anzustreben, soll weiterverfolgt werden, da auch ohne das Label professionell und nachhaltig gebaut werden kann.

### **Stadtpolizei (Nr. 125 bis 127)**

*Einstimmig*

- Nr. 125 Die Massnahme der Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn ist weiterzuverfolgen. Das heisst Aufhebung der Stadtpolizei. Dies bedingt eine Teilrevision der Gemeindeordnung § 53 sowie Fremdänderungen / Fremdaufhebungen bei weiteren Erlassen.
- Nr. 126 Im Zusammenhang mit der Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn ist der Betrieb des HESO Standes zu prüfen und somit weiterzuverfolgen.
- Nr. 127 Im Zusammenhang mit der Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn muss die Aufrechterhaltung des Aarerrettungsdienstes geprüft und weiterverfolgt werden.

## Steuern (Nr. 20 / 21)

### 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

- Nr. 20** Der Steuerfuss der natürlichen Personen wird vorerst nicht angepasst. Die nächsten zwei Jahre soll beobachtet werden, wie erfolgreich die Umsetzung des Sparmassnahmenpakets verläuft. Sollte das strukturelle Defizit nicht aufgefangen werden können, muss eine Steuererhöhung beschlossen werden. Somit ist die Massnahme mit der Prüfung in zwei Jahren weiterzuverfolgen.
- Nr. 21** Der Steuerfuss der juristischen Personen wird analog dem Steuerfuss der natürlichen Personen behandelt. D.h. aktuell keine Anpassung und Prüfung in zwei Jahren.

## Erläuterungen zum Antrag

Stadtpräsidentin **Stefanie Ingold** informiert, dass am 2. Juli 2024 das Massnahmenpaket diskutiert und die Möglichkeit für Fragen eingeräumt wurde. Die Mitglieder der Geschäftsleitung stehen heute ebenfalls zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Der Auftrag lautete, umfänglich zu prüfen, welche zwingenden Ausgaben die Stadt hat und welche Aufgaben freiwillig getätigt werden. Es handelte sich um einen langen und intensiven Prozess. Sie ist sich bewusst, dass in einem Sparmassnahmenpaket immer auch Massnahmen enthalten sind, die nicht von allen unterstützt werden. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates, auf die Stadtfinanzen zu achten und sie im Lot zu halten. Dies bedeutet auch, unliebsame und einschneidende Massnahmen beschliessen zu müssen. In guten Zeiten kann auf Massnahmen verzichtet werden, in schlechteren Zeiten muss jedoch Verantwortung übernommen werden. Die Stadtpräsidentin steht hinter dem Massnahmenpaket, auch wenn die Massnahmen teilweise sehr schmerzen.

**Pascal Walther**, Präsident Wirtschafts- und Finanzausschuss, blickt zurück auf die ausführlichen Diskussionen anlässlich der letzten Sitzung. Er ruft in Erinnerung, dass nicht alle Titel das beinhalten, was sie auszusagen scheinen. Es ist genau zu beachten, um welchen Antrag es sich handelt und welche Massnahme dahintersteckt. Der Gemeinderat stimmte vor drei Jahren im Rahmen der Legislaturziele einem finanziellen Massnahmenpaket zu. Seit der Präsentation des Investitionsprogrammes und dem Finanzplan wissen alle, dass die nächsten vier Jahre finanziell nicht besser werden. Es lässt sich nicht sagen, es sei ein komplett anderer Finanzplan präsentiert worden, der die Massnahmen nun unnötig erscheinen lassen würde. Im Gegenteil: Aufgrund der präsentierten Zahlen ist das zu behandelnde Paket wichtiger denn je. Er verzichtet an dieser Stelle darauf, alle Massnahmen zu wiederholen, sondern wird bei den einzelnen Massnahmen bekannt geben, was im Ausschuss diskutiert wurde. **Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt, dem gesamten Massnahmenpaket in vorliegender Form zuzustimmen.** Das Massnahmenpaket wurde im Ausschuss einstimmig verabschiedet, zumal es sich um ein ausgewogenes Paket handelt. Von den Massnahmen sind alle Bereiche betroffen. Der Ausschuss ist aber der Ansicht, trotz dieser Massnahmen wird die Stadt weiterhin funktionieren. Zudem handelt es sich dabei nicht um äusserst einschneidende Massnahmen für die Gesamtbevölkerung. Dass es jene, die es persönlich betrifft, anders sehen, ist logisch. Mit Blick auf die gesamte Stadt vertritt er namens des Ausschusses jedoch die Meinung, ein vertretbares Massnahmenpaket geschnürt zu haben. Er bittet die Anwesenden, auf das Paket einzutreten und den einzelnen Massnahmen zuzustimmen.

Gemäss **Stefanie Ingold** bestehen seitens des Finanzverwalters keine weiteren Anmerkungen. Er steht für Fragen oder Anmerkungen zur Verfügung.

**Eintreten wird nicht bestritten.**

### **Voten aus den Fraktionen**

Namens der SP-Fraktion bestätigt **Franco Supino**, das Massnahmenpaket sei genau betrachtet worden. Finanzpolitik ist etwas Langfristiges und die vorliegende Situation ist die Folge zweier grösserer Ursachen. Lang wurden notwendige Investitionen vernachlässigt und zu früh die Steuern gesenkt. Hierfür sind nun die Konsequenzen zu tragen. Gewisse argumentieren, die Stadt habe ein Ausgabenproblem, nicht ein Einnahmenproblem. Beides stimmt nicht. Aus welchen Gründen wurde in den letzten Jahren versäumt, Schulhäuser zu sanieren? Warum wurde der Stadtmist unberührt gelassen? Nun, wo die Massnahmen dringend sind, muss die heutige Generation dafür zahlen. Finanzpolitik heisst, langfristig zu denken. Das wird heute Abend versucht. Im Moment besteht sowohl ein Ausgaben- als auch ein Einnahmenproblem. Nur einige Zahlen: Seit 2017 wurde der Steuerfuss der Stadt Solothurn in drei Schritten von 117 auf 107 Prozent gesenkt. Mit dem Gegenvorschlag «jetz si mir draa» wird er um ein weiteres Steuerprozent gesenkt. Ab 2028 werden zudem die Auswirkungen der STAF – der Steuerreform, die von der Schweizer Bevölkerung im Jahr 2019 angenommen wurde und massive Erleichterungen für juristische Personen bringen wird – spürbar sein. Nach Prognosen des Finanzverwalters wird dies die Stadt Solothurn weitere 2,5 Mio Franken an Steuersubstrat, sprich Einnahmen, kosten. Wird der Steuerausfall seit 2017 plus Stadtmist zusammengerechnet und ein Blick ins Jahr 2028 geworfen, fehlen im Vergleich zum Jahr 2017 11 Mio. Franken. Diese Summe im Budget zu streichen, ist nicht möglich und auch nicht nachhaltig. Die Stadt würde ohne Investitionen zu Grunde gehen. Der Massnahmenplan Finanzen, über den heute befunden wird, soll Einsparungen von gegen 6 Mio. Franken bringen. Dies nicht sofort, aber in den nächsten Jahren. Auch die SP setzt sich im Sinne einer langfristigen Finanzplanung dafür ein, erstmals alle Ausgaben genau zu prüfen. Sparen ist nicht schön und niemand tut dies gerne, weil damit immer jemandem etwas weggenommen wird. Es ist aber wichtig. Auch Sparen hat mit Nachhaltigkeit zu tun. Es sollen alle Ausgaben betrachtet und so, wie es der Wirtschafts- und Finanzausschuss in vielen Sitzungen getan hat, überlegt werden, worauf verzichtet werden kann, ohne der Stadt langfristig zu schaden. **Die SP-Fraktion trägt die meisten Sparvorschläge im Sinne eines Kompromisses mit.** Es wird einige wenige Anträge aus der Fraktion geben, auf unbedeutende Streichungen zu verzichten. Diese werden aber nicht von allen Fraktionsmitgliedern mitgetragen. Gelingt es nicht, ein Zeichen zu setzen, wird die finanzielle Aussicht der Stadt Solothurn in Zukunft noch viel düsterer sein. Der SP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, der Bevölkerung verständlich zu machen, dass das Massnahmenpaket für eine nachhaltige Finanzpolitik wichtig ist. **Die SP-Fraktion bittet den Gemeinderat, dem Paket zuzustimmen.**

Gemäss **Markus Jäggi** hat sich die FDP-Fraktion mit den Sparmassnahmen auseinandergesetzt und sich diese "durch den Kopf gehen lassen". Es ist richtig und wichtig, als Exekutive der Stadt Solothurn ein Optimierungspaket zu schnüren, hinter dem eine Mehrheit des Gemeinderats stehen kann. Dies auch, um gegenüber den Bürgern ein Zeichen und den Willen zu zeigen, etwas gegen den rasanten Geldabfluss zu unternehmen. Er bedankt sich beim Wirtschafts- und Finanzausschuss und den Verwaltungsleitenden für die investierte Zeit und Energie in die Erstellung dieser Optimierungsrunde. Für die FDP-Fraktion ist es wichtig, das Paket als Gesamtpaket zu verabschieden. Die vorliegenden Massnahmen bilden den politischen Kompromiss aus dem Wirtschafts- und Finanzausschuss ab. Jede Partei musste Federn lassen, nur so war dieses Resultat möglich. In der Optimierungs- oder Sparrunde darf es keine heiligen Kühe mehr geben. **Die FDP-Fraktion hofft, dass der Wille zu Kompromissen vorherrscht, so dass die Massnahmen verabschiedet und ein Grossteil zur Umsetzung freigegeben werden kann.** Nebst den vorgeschlagenen Massnahmen wurden auch die verworfenen Massnahmen geprüft und diskutiert. Den Argumenten, respektive der Einschätzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses kann grösstenteils gefolgt werden. Aus diesem

Grund wird darauf verzichtet, zusätzliche Massnahmen zu diskutieren. **Die FDP-Fraktion wird den vorgängig zugestellten Anträgen grösstenteils eine Absage erteilen.** Jede Seite muss etwas zugestehen, um zu einem gemeinsamen Ziel gelangen zu können.

**Marco Wyss**, Grüne, appelliert an die Verantwortung des Gemeinderats hinsichtlich gesunder Finanzen. Es ist eine Tatsache, dass Handlungsbedarf besteht. Ist der Haushalt nicht mehr im Lot, kann dies nur mit Mehreinnahmen oder weniger Ausgaben korrigiert werden. Mehreinnahmen lassen sich aufgrund des Massnahmenplans wenige ausmachen. Es gibt einen einzigen Mehreinnahmeposten von relevanter Höhe, der mit der Umsetzung des Parkraumkonzepts erfolgen wird. Das Konzept wurde vor einem Jahr beschlossen, inklusive Umsetzung innert zwei Jahren. Inzwischen ist ein Jahr vergangen und es muss entsprechend vorwärts gemacht werden. Alle anderen Mehreinnahmen sind marginal. Es bleiben folglich nur noch die Steuern. Mit dem vorliegenden Sparpaket wird der Bevölkerung ermöglicht, einen Grundsatzentscheid zwischen Sparen oder höheren Steuern zu fällen. Beim Schnüren eines Sparpakets sind Kompromisse notwendig und alle müssen ihren Teil dazu beitragen. **Die Fraktion der Grünen erachtet das vorliegende Sparpaket als ausgeglichen.** Würde nun angefangen, dieses wieder zu zerpfücken, würde an der Gemeindeversammlung über ein Massnahmenpaket entschieden, das seinen Zweck nicht mehr erfüllen kann, weil es im Vorhinein stark entschärft wurde. Letztlich wird es die Entscheidung des Volks ein, was ihnen gewisse Dienstleistungen der Stadt wert sind. **Die Fraktion spricht sich dafür aus, das Sparpaket in seiner ursprünglichen Form der Gemeindeversammlung vorzulegen.** Sollten zu einzelnen Punkten gewisse Anträge folgen, werden diese dennoch differenziert beurteilt. Damit nicht zuerst um Kleinbeträge gefeilscht wird und erst gegen Schluss die grösseren Beträge diskutiert werden, **beantragt die Fraktion der Grünen, bei der Detailberatung als erstes über die Stadtpolizei zu beschliessen.**

**Patrick Käppeli**, SVP-Fraktion, bedankt sich beim Wirtschafts- und Finanzausschuss sowie bei der Verwaltung für die Ausarbeitung des Massnahmenpakets. Die Massnahmen konnten nicht mitgestaltet werden, weil die SVP keinen Sitz im Wirtschafts- und Finanzausschuss hat. Die Partei wurde aber laufend informiert. **Die SVP-Fraktion wird die Massnahmen bis auf einige Ausnahmen mittragen.** Grundsätzlich hat die Stadt kein Einnahmenproblem, sondern ein massives Ausgabenproblem.

**Stefanie Ingold** lässt über den Antrag der Fraktion der Grünen, die Behandlung der Massnahmen 125 bis 127 vorzuziehen, abstimmen.

**Dem Antrag, die Massnahmen 125 bis 127 zu Beginn des Traktandums 5 „Massnahmenplan Finanzen; Beschlussfassung“ zu beraten, stimmen 24 der Gemeinderatsmitglieder zu, 4 sprechen sich dagegen aus und zwei enthalten sich der Stimme.**

**Stefanie Ingold** mahnt, bei diesen Massnahmen zu differenzieren und macht auf die Finanzkompetenzen aufmerksam. Einer der Anträge liegt in der Finanzkompetenz der Gemeindeversammlung, alle anderen Massnahmen liegen in der Kompetenz der Gemeinderatskommission bzw. des Gemeinderates. Sollte der Massnahme 125, Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn, zugestimmt werden, wird diese der Gemeindeversammlung unterbreitet werden. Dies, da die Annahme ebenfalls eine Anpassung von Paragraph 53 der Gemeindeordnung zur Folge hätte. Sie betont zudem, dass die meisten Anträge auf eine Überprüfung hin lauten, d.h. die einzelnen Beschlüsse werden nicht direkt umgesetzt werden können, sondern sind nochmals in den politischen Prozess aufzunehmen.

#### **Wortmeldungen Stadtpolizei (125 bis 127)**

**Markus Jäggi** bekräftigt, die FDP-Fraktion habe sich den Entscheid über die Integration oder den Erhalt der Stadtpolizei nicht einfach gemacht. **Die Fraktion wird der Integration**

**grossmehrheitlich zustimmen.** Ohne diese grösste Sparmassnahme bleibt das ganze Sparpaket zahnlos. Der Fraktion ist bewusst, dass die Stadtpolizei für viele eine Herzensangelegenheit ist. Neben dem finanziellen Gewinn erachtet sie aber den Synergieeffekt, der durch einen Zusammenschluss der beiden Korps entsteht, als grossen Mehrwert. Bei Themen wie Clankriminalität oder Cyberkriminalität erscheint das Korps etwas aus der Zeit gefallen. Es ist zudem vorstellbar, dass die Korpsangehörigen bei der Kapo grössere Karriereperspektiven haben als bei der Stadtpolizei. Olten oder Grenchen, die die Integration bereits hinter sich haben, haben damit gute Erfahrungen gemacht. Vielfach wird argumentiert, die Stadtpolizei verfüge über die besseren Ortskenntnisse als die Kantonspolizei. Von den insgesamt 36 Korpsangehörigen der Stadtpolizei wohnen aber nur gerade sechs Personen in der Stadt Solothurn. Markus Jäggi verweist auf Kantonspolizisten im Bekanntenkreis, die in Solothurn aufgewachsen sind, hier wohnen und hier in Vereinen sind und ihre dadurch erlangten Ortskenntnisse. Sie kennen Solothurn mindestens so gut, wie ein Stadtpolizist, der auswärts wohnt und hier zur Arbeit kommt. Es sind indessen Punkte, die vertraglich geregelt werden können. Er betont abschliessend, die FDP-Fraktion weiss den täglichen Einsatz der Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten für die Stadt sehr zu schätzen und der Entscheid ist, wie erwähnt, nicht einfach gefallen. Trotzdem wird der Antrag von der FDP-Fraktion als richtig erachtet.

**Jolanda Egger,** Die Mitte/GLP-Fraktion, weist auf die wiederholten Diskussionen in der Stadt Solothurn um die Auflösung der Stadtpolizei und deren Integration in die Kantonspolizei hin. Es ist wenig überraschend, dass es eine sehr emotionale Diskussion ist. Veränderungen dieser Dimension lösen verständlicherweise Unsicherheiten aus. Es geht nicht darum, die Qualität der Arbeit der Stadtpolizei in Frage zu stellen. Und es geht auch nicht um eine politische Grundsatzdiskussion über die Einführung einer Einheitspolizei. Vielmehr steht die Stadt vor der Herausforderung, eine gute Entscheidung in einer finanziell angespannten Situation zu treffen. Die Position der Fraktion basiert auf dem Abwägen von Vor- und Nachteilen. Die Fraktion ist der Überzeugung, dass die Vorteile einer Integration in die Kantonspolizei überwiegen. Die Weiterführung eines kleinen städtischen Polizeikorps ist, in Anbetracht der finanziellen Situation und mit Blick auf die heutigen Herausforderungen im Polizeiwesen, nicht mehr zeitgemäss und tragbar. Es ist kein leichtfertiger Entscheid, 36 Arbeitsstellen aufzuheben. Umso wichtiger ist es, dass sich die Stadt bei einer Auflösung stark für die Übernahme von allen Mitarbeitenden der Stadtpolizei einsetzt. Sie erläutert einige Aspekte, die sie in ihrer Haltung bekräftigen. Durch die Integration können Schnittstellen abgebaut werden, Kompetenzen gebündelt, administrative Doppelspurigkeiten aufgehoben und die Zusammenarbeit der Polizei im gesamten Kanton gestärkt werden. Ein Polizeiwesen, das ausnahmslos aus einer Hand kommt, ist auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Solothurn greifbarer und besser verständlich. Ein oft geäussertes Kritikpunkt ist der vermeintliche Verlust der Bürgernähe. Es gilt aber zu bedenken, dass diese Bürgernähe unter anderem aufgrund des Bevölkerungswachstums, der zunehmenden gesellschaftlichen Anonymität und durch die bereits existierenden gemischten Patrouillen vermutlich nicht mehr in der gleichen Form und Dimension existiert wie dies vor x-Jahren noch der Fall war. Die Einwohnerinnen und Einwohner kommen bereits heute vielfach mit der Kantonspolizei in Kontakt. Die Übergänge sind für viele fliessend bzw. die genauen Zuständigkeitsabgrenzungen unklar. Ausserdem investieren auch die Kantonspolizeien verstärkt und gezielt ins Community Policing. In Grenchen bspw. wurden die Mitarbeitenden der Stadtpolizei direkt übernommen, um den Wissenstransfer und die Bürgernähe aufrecht zu erhalten. Es ist nicht zwingend, dass bei einer Auflösung der direkte Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern bzw. das Prinzip des Single Point of Contact oder langfristige Kontaktpersonen verloren gehen. Verloren geht dagegen unbestritten das Mitspracherecht der lokalen Politik. Die Erfahrungen aus Olten und Grenchen überzeugen aber und zeigen, dass der Austausch zwischen den Städten und der Kantonspolizei gut bis sehr gut funktioniert. Auch in Bezug auf die Kriminalitätsentwicklung und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung sind in diesen Städten keine negativen Tendenzen erkennbar, die auf die Integration der Stadtpolizeien in die Kantonspolizei zurückzuführen wären. Zu den Kosten: Im Zusammenhang mit der Auflösung wird von einem Einsparungspotenzial von ungefähr 2,5 Mio.



Franken gesprochen. Sparen ist immer schwierig, denn jeder Franken wird irgendwo, irgendwem weggenommen. Sollen finanzielle Verbesserungen erreicht werden, kommt die Stadt nicht um Einsparungen herum. Und wenn heute aus anderen Gründen über Einsparungen in einem tiefen vierstelligen Bereich diskutiert wird, sind 2,5 Mio. Franken gelinde gesagt eine wirklich stolze Summe. Es ist befremdend, von einer kleinen Summe oder gar von einem «Bauernopfer» zu sprechen, wie dies der Polizeiverband in seiner Stellungnahme ausgeführt hat. Wird noch etwas weitergedacht, muss auch anerkannt und berücksichtigt werden, dass die Kosten im Polizeiwesen tendenziell steigend sind. Der Polizeiberuf wird immer komplexer. Dies bedingt durch gesellschaftliche Veränderungen, zunehmende Digitalisierung, veränderte Sicherheitslagen sowie neue rechtliche Rahmenbedingungen und zusätzlichen Administrativaufwand. Ein Polizeikorps, das nota bene ein staatliches Gewaltmonopol innehat, muss in Sachen Ausrüstung, Ausbildung und IT jederzeit auf dem neusten Stand sein. Das ist kostenintensiv. Es ist deshalb letztlich nicht möglich, halbherzig unterwegs zu sein. Zu den Kosten kommt der Personalbestand. Hier ist mit einer Aufstockung zu rechnen, was vom Kommandanten der Stadtpolizei so auch bestätigt wurde. Diese Prognose ist schweizweit erkennbar und nicht überraschend. Gleichzeitig bestehen Schwierigkeiten in der Rekrutierung. Dies betrifft die Stadtpolizei Solothurn, aber auch die gesamte schweizerische Polizei-Landschaft. Es braucht immer mehr Zeit und finanzielle Mittel, z.B. für Werbung oder Informationsveranstaltungen. Soll mittel- und langfristig ein gut aufgestelltes Korps in der Stadt bestehen, wird dies die Stadt finanziell sehr herausfordern. Hinzu kommt, dass gerade jüngere Generationen mehr verlangen: Berufliche Perspektiven, Entwicklungsperspektiven, Vielfältigkeit, neue Arbeitszeitmodelle, angemessenere Belastungen in Bezug auf unregelmässige Arbeitszeiten. Kurz: Sie wollen einen attraktiven Arbeitgeber in möglichst allen Belangen. Dies sind alles Punkte, die in einem kleinen Korps nur bedingt umgesetzt werden können. Absolventinnen und Absolventen der zweijährigen Polizeiausbildung in Hitzkirch erlernen einen umfassenden Katalog an Kompetenzen. Es ist teuer, gut ausgebildetes Personal zu haben, das letztlich bei der Stadtpolizei nur einen Bruchteil der erlernten Kompetenzen anwenden kann und nur sehr eingeschränkt Entwicklungsmöglichkeiten hat. Dies ist auch aus betrieblicher Sichtweise nicht mehr zeitgemäss. Aufwand und Ertrag decken sich nicht. Und es wird in dieser Form schwierig sein, sich mittel- und langfristig als attraktive Arbeitgeberin auf dem Markt behaupten zu können. Zusammengefasst sieht die Fraktion in der Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei nicht nur eine signifikante Entlastung des Stadtbudgets, sondern auch diverse weitere positive Aspekte. Es ist an der Zeit, diesen Weg zu gehen. Für die Abdeckung der verwaltungspolizeilichen Aufgaben gilt es, eine geeignete Nachfolgelösung auszuarbeiten. **Die Mitte/GLP-Fraktion steht geschlossen hinter der Entscheidung zur Integration und zur Auflösung der Stadtpolizei.**

**Barbara Feldges** dankt vorab den zahlreich erschienen Gästen. **Ihre Position ist innerhalb der FDP-Fraktion eine klare Einzelmeinung. Sie stellt den Antrag, die Massnahme 125 aus dem Massnahmenpaket zu streichen.** Ihre Position hat sie bereits vor den Ferien vertreten und sie wird sich weiterhin für die Stadtpolizei aussprechen. Cyberkriminalität ist ein Thema. Daneben existieren aber noch Velodiebstähle oder ganz einfache Delikte, bei denen die Stadtpolizei schneller und einfacher vor Ort ist, als die Kantonspolizei. Es gibt drei wichtige Gründe, diese 100-jährige Institution beizubehalten. Erstens: Die Kantonspolizei übernimmt nicht alle Aufgaben, die die Stadtpolizei leistet. Und auch nicht alle Mitarbeitenden. Zweitens: Die tatsächlichen Einsparungen sind jetzt noch nicht alle absehbar. Gerade im Juli war in den Medien zu lesen, dass Grenchen oder Olten zusätzliche Ausgaben haben, weil sie bei Anlässen Securitas-Mitarbeitende engagieren müssen. Es ist unklar, welche Kosten auf die Stadt zukommen. Ebenso, wie viele der Dienstleistungen die Kantonspolizei separat in Rechnung stellen wird oder die Stadt externe Mitarbeitende beauftragen muss, um die Aufgaben der Stadtpolizei zu übernehmen. Zum Beispiel an einem Stadtfest oder an der HESO. Drittens verliert die Stadt das Mitspracherecht. Auch die Bürgernähe ist nicht einfach von der Hand zu weisen. Zum Beispiel dann, wenn die Stadtpolizisten mit Kindern in Kontakt treten und es dieselben Mitarbeitenden sind, die sie später als Jugendliche kontrollieren, wenn sie mit Mofas

unterwegs sind. Was einmal abgeschafft worden ist, kann nicht einfach rückgängig werden. Was die Meldungen von Olten und Grenchen betrifft, sind dies subjektive Meinungen. Und es ist auch nicht so, dass alle glücklich sind. Es gibt einige, die wieder zurück möchten. Eine Stadtpolizei später wieder aufzubauen, ist nicht realistisch. Wird sie jetzt abgeschafft, ist sie weg. Sie ist sich bewusst, nicht viele im Gemeinderat von ihrer Meinung überzeugen zu können, umso mehr zählt sie auf die Gemeindeversammlung und die Bevölkerung. Sie soll entscheiden, wo sie Geld einsparen wollen und wo nicht.

**Heinz Flück** begrüsst insbesondere auch die Mitarbeitenden der Stadtpolizei. Auch die Fraktion der Grünen hat sich diesen Entscheid nicht einfach gemacht. Er persönlich schätzt die Stadtpolizei und hat viele Kontakte mit ihr. Beispielsweise steht sie ihm in interessanten Projekten zur Beantwortung von Anfragen zur Verfügung. Hinsichtlich der Vor- und Nachteile schliesst er sich weitestgehend den Ausführungen von Jolanda Egger an. Auf einen Punkt will er eingehen: Der Kanton zwingt eigentlich dazu, die Stadtpolizei aufzuheben. Der Gemeinderat hat sich schon in den letzten zwei Legislaturen gewehrt und verschiedene Anläufe unternommen, um eine bessere Abgeltung der Polizeileistungen herauszuholen. Gerade auch, weil dies im kantonalen Polizeigesetz so vorgesehen ist. Sie entspricht nicht den Aufwendungen, die die Stadt hat. Hätten nicht Olten und Grenchen vorgemacht, dass es geht und nicht ein massiver Sicherheitsverlust in der Stadt resultiert, wäre auch die Stadt Solothurn zurückhaltender. Es wurde aber festgestellt, dass es machbar ist und die Sicherheitslage in diesen beiden Städten nicht schlechter ist als in der Stadt Solothurn. Natürlich sind gewisse Abstriche nötig, wie dies von Barbara Feldges erwähnt wurde. **Wenn gespart werden muss, wäre es fahrlässig bzw. nicht zu vertreten, den grössten Brocken aus diesem Paket zu streichen.** Denn in diesem Fall bräuchte nicht weiter diskutiert zu werden.

**Corinne Widmer**, SP-Fraktion, ist es insbesondere angesichts der grossen Anzahl anwesender Gäste der Stadtpolizei ein Anliegen, deren Arbeit nochmals zu würdigen. Bereits beim ersten Vorstoss, der letztlich von der Gemeindeversammlung beschlossen wurde, war die Partei hin- und hergerissen. Es gab Gründe, die dafür und dagegen sprachen, es gab Überlegungen zwischen Dürfen, Können oder Sollen. Das Thema beschäftigt seit damals mehr oder weniger stark. Auch jetzt hat sich die SP-Fraktion immer wieder Fragen zum Thema gestellt und sich den Entscheid nicht einfach gemacht. Als Präsidentin des Bildungs- und Sozialausschusses, zu dem auch die Sicherheit gehört, verlangte sie die Durchführung einer Mitberatung zu den Finanzmassnahmen. Es wäre ihr ein Anliegen gewesen, dass nicht der Wirtschafts- und Finanzausschuss alleine über 124 Punkte und die zusätzlichen drei Punkte zur Stadtpolizei aus rein finanziellen Aspekten berät. Auch wegen des Personals oder deshalb, weil durch die zusätzlichen sieben Mitglieder des Ausschusses andere Meinungen zum Tragen gekommen wären. Es darf gesagt werden, der Entscheid sei nicht ohne weitere Überlegungen durchgewunken worden. Die SP-Fraktion sieht durchaus auch positive Aspekte, wie sie von Jolanda Egger ausgeführt wurden. Dies betrifft einerseits die Tatsache, dass die Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden der Kantonspolizei andere sind. Aber auch, dass Personalressourcen gebündelt oder Engpässe beim Personal besser ausgeglichen werden können. Es handelt sich nicht um eine Auflösung, sondern es verschwindet eine Körperschaft, eine Institution, eine Organisation. Die Menschen bleiben. Sie ist überzeugt, dass es besser sein wird als in Olten und Grenchen, da die Angehörigen der Stadtpolizei immer noch vor Ort sind. Die Frage wird sein, ob sie sich in diese Richtung entwickeln wollen. Veränderungen im Berufsleben – ob selbst gewählt oder nicht – sind immer ein Thema und Reaktionen darauf für jeden verständlich. Die SP hofft auf den Erhalt und den Aufbau der Kompetenzen. Der Kanton wird weder der Politik noch den Mitarbeitenden der Stadtpolizei eine Zusage machen. Weder dazu, was in Zukunft sein wird noch dazu, wie viele Leute weiterbeschäftigt werden können. Der Einfluss der Politik ist in diesem Punkt gering. Das Risiko bei der Beibehaltung des Status Quo sind höhere Aus- und Weiterbildungskosten. Früher oder später werden personelle Aufstockungen nötig sein und das darf nicht ausgeblendet werden. Zudem wird darauf geachtet werden müssen, den Bestand zu erhalten. In den Medien ist immer wieder zu sehen, dass

diese Berufsgattung besonders gefragt ist und es überall an Mitarbeitenden mangelt. Sie spricht Walter Lüdi im Namen der Fraktion einen herzlichen Dank aus. Er hat sein Korps sachlich und ruhig durch diese unsichere Zeit geführt und hat stets kompetent, ergebnisoffen und lösungsorientiert Auskunft gegeben. Kurz: Er war immer da, auch für die Angehörigen der Stadtpolizei. Dies ist nicht selbstverständlich. Ausserdem dankt die gesamte SP-Fraktion den anwesenden Stadtpolizeiangehörigen für all die Arbeit, die sie tagtäglich erledigen. Sie machen einen Wahnsinns-Job.

**Patrick Käppeli**, SVP-Fraktion, bedauert, dass ein Grossteil des Gemeinderates nicht hinter der Stadtpolizei steht und sich nun für deren Abschaffung ausspricht. Es ist stossend. Erst vor sieben Jahren wurde über eine Abschaffung beschlossen und nun wird wieder über die Abschaffung diskutiert. Die Bevölkerung schätzt die Stadtpolizei. Die Nähe zur Bevölkerung hilft, Probleme schnell und einfach sowie effizient zu lösen. Als Mitglied der Feuerwehr weiss er aus eigener Erfahrung, dass die Zusammenarbeit bei Übungen jeweils sehr gut funktioniert und von beiden Seiten sehr geschätzt wird. Er fragt sich, ob nun die Feuerwehr als Ölwehr ausrücken muss, wenn nur noch die Kantonspolizei und ein Boot da ist. Es sei denn, die Kantonspolizei übernimmt das Boot, was für den Kanton weitere Kosten verursacht. Die Stadtpolizei kennt ihr Klientel beim Namen, was die Ermittlungen besonders unterstützt, gerade bei der Drogen- und Velodiebstahlproblematik in der Stadt. Bei der Integration kann die Stadtpolizei nicht mehr so schnell reagieren und unbürokratisch auf die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung eingehen. Heute reicht ein Telefon zur Stadtpolizei. Wie bereits erwähnt wurde, existiert aktuell keine schriftliche Zusage, dass alle Mitarbeitenden der Stadtpolizei von der Kantonspolizei übernommen werden. Auch die Übernahmebedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht geregelt. Andere Kantone haben sich die gleichen Überlegungen gemacht, wie die Stadt dies jetzt tut. Der Grosse Rat des Kantons Aargau hat die Integration der 15 Regionalpolizeien in die Kantonspolizei vor kurzem abgelehnt, weil er mit den Leistungen und den funktionierenden Sicherheitssystemen zufrieden ist. Interessant ist auch, dass der Kanton Zürich über insgesamt 36 Kommunalpolizeien verfügt. Auch dort funktioniert die Zusammenarbeit anscheinend so gut, dass nicht an eine Zusammenlegung gedacht wird. Warum ist das so? Weil diese Städte und Gemeinden Erfolgsfaktoren haben, um die Sicherheit für ihre Bevölkerung zu gewährleisten: Bürgernähe, Flexibilität, Effizienz. Es stellt sich die Frage, ob wirklich am richtigen Ort gespart wird. Kurz einige Investitionen der Vergangenheit: Postplatz: 2,1 Mio. Franken; Personenunterführung Westbahnhof: 12.6 m breit für 2,3 Mio. Franken statt einer Gratisunterführung von nur 4 m Breite; Kehrriechwagen mit Elektroantrieb anstatt konventionellem Dieselantrieb: 0,8 Mio. Franken. Summa summarum waren dies rasch 5,3 Mio. Franken. Zu den künftigen Investitionen, die getätigt werden: Der Bahnhof Süd als Generationenprojekt mit der Velostation Süd: 5,9 Mio. Franken und zusätzliche Personenunterführung: 22,5 Mio. Franken. Alleine bei diesem Projekt könnten 28,5 Mio. Franken eingespart und die Polizei für die nächsten 14 Jahre finanziert werden. Das ist ein wahres Generationenprojekt. Es muss bei neuen Ausgaben gespart werden und nicht bestehende Leistungen gekürzt werden. Und schon gar nicht bei der Sicherheit der Stadtbevölkerung. Warum sind mit dem Kanton nicht neue Verhandlungen über die Abgeltungen der Stadtpolizei geführt worden? Und ausserdem stellt sich die Frage, ob im Gemeinderat wirklich etwas beschlossen werden soll, das von der Bevölkerung an der Gemeindeversammlung bachab geschickt wird. Soll man sich die Blösse geben, an der Stadtbevölkerung vorbeizupolitisieren? Aus diesen Gründen **spricht sich die SVP-Fraktion dafür aus, dem Vorschlag von Barbara Feldges zu folgen und die Massnahmen nicht zu unterstützen.**

Keine weiteren Wortmeldungen.

Es wird zunächst über die Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn zuhanden der Gemeindeversammlung abgestimmt. Anschliessend folgt die Abstimmung zu den beiden weiteren Punkten.

## I. Als Antrag zuhanden der Gemeindeversammlung

27 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltungen

1. Die Massnahme der Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn ist weiterzuverfolgen. Das heisst Aufhebung der Stadtpolizei. Dies bedingt eine Teilrevision der Gemeindeordnung § 53 sowie Fremdänderungen / Fremdaufhebungen bei weiteren Erlassen.

## II. In der Kompetenz des Gemeinderates

28 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen

2. Im Zusammenhang mit der Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn ist der Betrieb des HESO Standes zu prüfen und somit weiterzuverfolgen.
3. Im Zusammenhang mit der Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn muss die Aufrechterhaltung des Aarerrettungsdienstes geprüft und weiterverfolgt werden.

Es folgt die Weiterberatung der restlichen Massnahmen. **Stefanie Ingold** erinnert an den ursprünglichen Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschuss zum Massnahmenpaket betreffend die Bedeutung der Begriffe «weiterverfolgen» und «Massnahme weiterverfolgen» und lässt darüber abstimmen.

*Einstimmig*

Der Begriff «weiterverfolgen» heisst, dass die Massnahme zur Einsparung umgesetzt werden soll. Dafür sind je nach Massnahme weitere Schritte und / oder ein weiterer Beschluss der politischen Behörden notwendig.

**Stefanie Ingold** geht den Massnahmenplan Paket für Paket durch. Sie bittet die Anwesenden, die jeweiligen Massnahmen, die behandelt werden sollen, fürs Protokoll zu benennen.

**Urs Unterlerchner**, präzisiert das Vorgehen: Immer dann, wenn der Gemeinderat es wünscht – wie dies vorangehend bei der Polizei der Fall war – wird über die einzelne Massnahme abgestimmt. Andernfalls wird über das gesamte Paket abgestimmt.

### Bildung und Soziales

**Nr. 59** Die Streichung der Beiträge an Integrationsprojekte (Schwimmkurs) wird empfohlen weiterzuverfolgen.

**Felix Epper** merkt einleitend an, sein Antrag stelle in keiner Weise die Arbeit des Ausschusses, die Überlegungen oder den guten Willen in Frage. Er persönlich hat politische und moralische Grundsätze, aufgrund derer er gewissen Anträgen nicht zustimmen kann. Die Schwimmkurse für Migrantinnen und Migranten ist einer dieser Punkte. Der Gemeinderat hat bereits bei der letzten Sitzung darüber beraten, weshalb er darauf nicht näher eingehen will. Für ihn ist wichtig, nicht aus den Augen zu verlieren, dass es Schwache und Ungleichheiten in der Gesellschaft gibt. Und dass es kulturelle Unterschiede gibt, die es gewissen Menschen verunmöglicht, am Gesellschaftsleben teilzunehmen. Gerade an speziellen Anlässen können Migrantinnen und Migranten teilweise sehr wertvoll sein. Es ist ein kleiner Betrag, der jährlich zugesprochen wird. **Er möchte empfehlen, auf diese Massnahme zu verzichten.**

**Pascal Walter**, Präsident Wirtschafts- und Finanzausschuss, bedankt sich für das Votum und merkt an: Dem Ausschuss wurde klar belegt, dass die Kurse seit Jahren nicht angeboten

werden, weil keine Nachfrage vorhanden ist. Es handelt sich somit nicht um eine Sparmassnahme, sondern der Betrag wird im nächsten Jahr einfach nicht mehr ins Budget aufgenommen. Dies ist der Effekt dieser Entscheidung und nicht die Ausgrenzung einer Gruppierung.

**Der Gemeinderat befürwortet die Prüfung der Streichung der Beiträge an Integrationsprojekte (Schwimmkurse) mit 26 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.**

**Nr. 89** Die Erhebung von Beiträgen für das Klassenlager ist unter Anwendung des Sozialtarifes weiterzuverfolgen.

**Felix Epper** blickt auf die intensive Diskussion anlässlich der letzten Sitzung zu diesem Punkt zurück und geht nicht von neuen Argumenten aus. Er betont nochmals, persönlich mit Menschen zu tun zu haben, für die 19 Franken pro Tag sehr viel Geld sind. Der Mittelwert gilt somit nicht für alle. Wie immer in Statistiken schlägt es auf das eine oder andere Ende aus. Solche Beiträge führen tendenziell zur Spaltung in Klassen, zu Ungleichheiten und zu Problemen. Zusätzlich belastet es die Lehrpersonen beim Inkasso. Die SP hatte es vor einigen Jahren geschafft, diese Beiträge abzuschaffen und er vertritt die Ansicht, hierbei soll es bleiben. **Die SP-Fraktion beantragt die Streichung dieser Massnahme.**

**Heinz Flück betont, die Fraktion der Grünen schliesse sich mehrheitlich dem Antrag von Felix Epper an.** Dies aus grundsätzlichen Überlegungen. Klassenlager sind Teil des obligatorischen Unterrichts, der grundsätzlich unentgeltlich sein soll. Es sollen nicht zusätzliche Hürden gestellt werden wie bspw. einen Dispens einholen zu müssen.

**Barbara Feldges, FDP,** weist darauf hin, dass manchmal mehr geschätzt wird, wenn für etwas bezahlt werden muss. Ein Bundesgerichtsurteil sagt klar, 80 Franken sind vertretbar, da dieser Betrag auch ausgegeben würde, wenn das Kind zu Hause ist und Infrastruktur benötigt. Den Betrag von 80 Franken kann sich eine Familie leisten. Wenn dieser fehlt, kann jederzeit Hilfe bei der Stadt beantragt werden. Es ist nicht so, dass ein Kind nicht in ein Lager kann, weil die Eltern diesen Betrag nicht bezahlen können.

**Pascal Walter** betont, es war im Wirtschafts- und Finanzausschuss klar, dass es diesen Sozialtarif geben soll. Dies, weil der Durchschnitt eben nicht bei allen gleich ist. Der Sozialtarif soll analog zu den anderen Bereichen umgesetzt werden, in denen Tarife bestehen. Es soll nichts Neues erfunden werden. Ob die Lehrperson den Betrag weiterhin in bar einziehen soll oder andere, sinnvollere und zeitgemässere Varianten zur Anwendung kommen, wird den Schulen überlassen. Es war die Forderung des Ausschusses, dass es einen Sozialtarif geben soll.

**Der Gemeinderat beschliesst die Erhebung von Beiträgen für Klassenlager unter Anwendung des Sozialtarifes weiterzuverfolgen mit 22 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.**

**Nr. 93** Die Senkung der Kosten der Schulbibliothek ist weiterzuverfolgen und umzusetzen.

**Felix Epper, SP-Fraktion,** erachtet diesen Betrag nicht als einen, der der Stadt weh tut, wenn er weiterhin ausgegeben wird. Niederschwelliger Zugang zu Büchern ist wichtig in der digitalen Welt. Es haben nicht alle Bücher zu Hause und gehen in die Zentralbibliothek. Und vielleicht wollen sie in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt werden. Die Bibliothek muss immer wieder erneuert werden. Es handelt sich hier um eine Sparmassnahme ohne Not.

**Der Gemeinderat beschliesst die Senkung der Kosten der Schulbibliothek mit 24 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen weiterzuverfolgen und umzusetzen.**

**Nr. 99** Die Massnahme Hausaufgabenbetreuung soll dahingehend weiterverfolgt werden, als dass der Sinn und der Bedarf bezogen auf die bestehenden Tagesstrukturen geprüft werden soll.

**Pascal Walter** äussert sich namens der GLP/Die Mitte-Fraktion. Die ursprüngliche Formulierung des Wirtschafts- und Finanzausschusses war aus ihrer Sicht holprig. Die Idee hinter dem Antrag ist es, mehrere Varianten zu prüfen. Somit von der Streichung bis zu Frage, ob diese in die neue Tagesstruktur integriert werden könnte. **Es handelt sich somit eher um eine Umformulierung des Grundantrags als um einen neuen Antrag.**

Es folgt die Gegenüberstellung der beiden Anträge.

**Dem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses, die Massnahme Hausaufgabenbetreuung soll dahingehend weiterverfolgt werden, als dass der Sinn und der Bedarf bezogen auf die bestehenden Tagesstrukturen geprüft werden soll, stimmen 4 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Dem Antrag der Fraktionen der Die Mitte und der GLP, die Massnahme Hausaufgabenhilfe sei weiterzuverfolgen, eine Bedarfsabklärung vorzunehmen und Umsetzungsoptionen zu formulieren (inkl. vollständiger Streichung und/oder Integration in die neue Tagesstruktur), stimmen 26 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Allen weiteren Massnahmen der Kategorie Bildung und Soziales wird gemäss den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses bei 29 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.**

#### Gebühren und Entgelte

**Nr. 19** Alle Gebühren via Gebührenreglement sollen geprüft und somit weiterverfolgt werden. Insbesondere sind die folgenden Massnahmen weiterzuverfolgen:

- Die Gebührenerhöhung gemäss Teuerungsausgleich.
- Die konsequente Verrechnung der Dienstleistungen und die Verrechnung der Aufwendungen für Veranstaltungen.
- Die Gebühr der Melde- und Lebensbescheinigung mit einer Erhöhung auf Fr. 20.-.
- Die Kremationsgebühr mit einer Erhöhung auf Fr. 550.-.
- Mit grösseren Anlässen (HESO, Fasnacht, Märetfescht etc.) sollen Leistungsvereinbarungen erstellt werden.

**Die SP Fraktion hat den Antrag eingereicht, die Massnahme Nr. 19 mit einem weiteren Aufzählungszeichen wie folgt zu ergänzen: -Eine Erhöhung der Taxikonzession soll geprüft werden.**

**Corinne Widmer** präzisiert, nicht daran zu zweifeln, dass der dafür zuständige Ausschuss alle Gebühren und Reglemente prüfen wird. Vorliegend geht es um eine Konzession und nicht um eine Gebühr. Diese soll mitberücksichtigt werden.

**Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der SP-Fraktion die Aufzählungszeichen mit der Prüfung einer Erhöhung der Taxikonzession einstimmig zu.**

**Urs Unterlerchner** weist darauf hin, die Verwaltung versuche, möglichst wenig an den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses zu verändern. Es soll nötigenfalls nur der Wortlaut angepasst werden. **Mit dem vorliegenden Antrag bittet er, den Wortlaut anzupassen.** Der Wirtschafts- und Finanzausschuss beantragte, es seien Leistungsvereinbarungen abzuschliessen. Leistungsvereinbarungen machen jedoch nur Sinn, wenn die Stadt einen finanziellen Beitrag leistet und Einfluss nehmen kann auf den Anlass selbst. In Bezug auf die Fasnacht und die HESO, soll nicht Einfluss auf die Anlässe genommen werden, sondern es geht um die korrekte Verbuchung der Leistungen. Der Wortlaut soll deshalb dahingehend geändert werden, dass schriftliche Vereinbarungen gemacht werden, in denen festgehalten wird, wie die Leistungen der Stadt von den Veranstaltern entschädigt werden.

**Urs Unterlerchner stellt den Antrag, bei grösseren Veranstaltungen anstelle von Leistungsvereinbarungen eine schriftliche Vereinbarung abzuschliessen, sofern Leistungen nicht vollumfänglich verrechnet werden.**

**Laura Gantenbein** vertritt die Meinung der Verwaltung gar nicht. Wenn Leistungsvereinbarungen bestehen wie bspw. mit den Literaturtagen, soll zwar kein Einfluss auf deren Programm genommen werden, es soll aber endlich das Mehrwegkonzept bei solchen Grossanlässen gelten. Insofern soll doch Einfluss genommen werden auf diese Veranstaltungen. Wenn möglich, mit einer Leistungsvereinbarung. **Urs Unterlerchner** sieht das Beispiel nicht als geeignet, da bereits an allen Grossveranstaltungen Mehrwegsysteme umgesetzt werden. Solothurn tut dies als einige der wenigen Gemeinden im Kanton und ohne gesetzliche Verpflichtung.

Der Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses wird dem Antrag der Verwaltung gegenübergestellt.

**Dem Antrag, mit grösseren Anlässen sei eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen, stimmen 5 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Dem Antrag der Verwaltung, es sei mit Veranstaltern von grösseren Anlässen eine schriftliche Vereinbarung abzuschliessen, sofern von der Stadt erbrachte Leistungen nicht vollumfänglich entschädigt werden, stimmen 23 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Die Abstimmung erfolgte bei 2 Enthaltungen**

**Die Massnahme Nr. 19 wird mit der Ergänzung der SP-Fraktion und dem obsiegenden Antrag der Verwaltung mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.**

**Allen weiteren Massnahmen der Kategorie Gebühren und Entgelte wird gemäss den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses einstimmig zugestimmt.**

#### Kultur und Sport

**Nr. 4** Die zusätzlichen Beiträge an TOBS sollen geprüft werden, nicht aber der ordentliche Beitrag.

**Die SP-Fraktion stellt den Antrag, die Massnahmen Nr. 4 wie folgt zu ergänzen: Die Stadt Solothurn sucht zusammen mit der Repla den Kontakt zum Kanton, dem neuen Leiter des Amtes für Kultur, um die Beteiligung des Kantons Solothurn an der Subventionierung des TOBS zu thematisieren.**



**Corinne Widmer** ist sich bewusst, wie schwer es ist, das Stadtpräsidium mit derartigen Dingen zu beauftragen, ist aber der Ansicht, mit dem neuen Leiter vom kantonalen Amt für Kultur sollte es möglich sein, den Dialog aufzunehmen. Es gibt verschiedene Aspekte, die diskutiert werden könnten, ohne dies im Antrag explizit formulieren zu müssen. Diskutiert werden soll insbesondere, wer sich in welchem Umfang finanziell beteiligt. **Stefanie Ingold** betont, durchaus offen für entsprechende Diskussionen zu sein.

**Die Ergänzung der SP-Fraktion, wonach die Stadt Solothurn zusammen mit der Repla das Gespräch mit dem Kanton sucht, um eine finanzielle Unterstützung am TOBS zu thematisieren wird mit 26 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen zugestimmt.**

**Nr. 7** Die diversen Beiträge an die Sportvereine inkl. der Jugendförderung und der J+S Beiträge sind zu prüfen. Dabei wird mit 5 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung empfohlen die J+S Beiträge auf 50 Prozent zu reduzieren.

**Angela Petiti** erinnert an ihre Aussagen anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung zum Finanzmassnahmenplan. Der zweite Teil der Massnahme, der die Reduktion der J+S Beiträge auf 50 Prozent empfiehlt, überschreitet die rote Linie. Warum? Es wird bereits vieles im Bereich Bildung und Soziales gestrichen und es kann nicht sein, nun auch noch bei der Jugendförderung im Bereich Sport und Musik zu sparen. Sie kennt das Argument, dass es nur um zusätzliche Gelder der Stadt, nebst den Bundesbeiträgen, geht. Aber genau dies ist der Inbegriff von Jugendförderung. Wie ihr mitgeteilt wurde, ist es im Bereich Musik noch drastischer. Es geht folglich um Jugendförderung im Sport und in der Musik. In einer Stadt, in der so viele Jugendliche in Vereinen engagiert sind, wäre es eine Schande, diejenigen Vereine zu bestrafen, die sich seit Jahren für diese Förderung einsetzen, die weitsichtig mit diesen Geldern planen und Jugendliche unterstützen und motivieren. Sie würdigt den Effort der Sportkommission, zu prüfen, ob noch andere Möglichkeiten bestehen und die Last auf mehreren Schultern verteilt werden könnte. Gemäss Angaben der Sportkommission wurden in den letzten drei Jahren im Schnitt 212'610 Franken an J+S-Subventionen gesprochen. Eine Kürzung auf 50 Prozent würde eine Ausgabereduktion von 70'870 Franken bedeuten. Das ist ein grosser Betrag, der zu Lasten der Jugend ausfallen würde. Der Antrag der Sportkommission lautet, die Option zu prüfen, ob eine Erhöhung der städtischen Gebühren für die Benützung der Sportinfrastrukturen möglich ist. Die Auswirkungen der Sparmassnahmen sollen nicht nur die Vereine mit Jugendsport treffen, sondern von allen getragen werden. Eigentlich hätte sie sich heute für die komplette Streichung dieser Massnahme ausgesprochen. Ihr erscheint aber wichtig, den Antrag der Sportkommission zu prüfen, zumal sie sich damit auseinandergesetzt und sich die Mühe genommen haben, zu reagieren. Sie bedankt sich an dieser Stelle für den Einsatz. Es ist dies nicht die ideale Lösung, aber es ist zwingend, sie zu prüfen und danach erneut darüber zu befinden. Die diskutierte Kürzung der Gelder um 10 Prozent wäre verkraftbar gewesen, aber so, wie es sich jetzt präsentiert, kann sie nicht dahinterstehen.

**Angela Petiti stellt im Namen der Sportkommission den Antrag, es sei zu prüfen, ob auf eine Kürzung der J+S Beiträge verzichtet werden kann, wenn im Gegenzug die städtischen Gebühren für die Benützung der Sportinfrastruktur im selben Rahmen erhöht werden.**

Gemäss **Pascal Walter** steckt hinter beiden Anträgen die gleiche Idee. Weil es nicht J+S-Beiträge, sondern J+M-Beiträge sind, spricht nichts gegen eine Ergänzung. Es gilt, die beiden gleich zu behandeln. Nicht sicher ist, ob mit Kürzungen bzw. aus den Mehreinnahmen bei den Sportinfrastrukturbeiträgen 110'000 Franken resultieren. Deshalb vertrat der Ausschuss die Ansicht, es macht mehr Sinn, soviel zu reduzieren, wie minimal generiert werden kann und nicht grundsätzlich zu verzichten. Der Einsatz der Sportkommission wurde mit vielen positiven



Voten belohnt. Die Älteren, die die Sportinfrastrukturen nutzen, sollen höhere Beiträge bezahlen. Die Idee der Sportkommission ist nachvollziehbar. Es ist durchaus denkbar, dies auf eine grössere Nutzergruppe zu verteilen. Ob die Gebühren um 100'000 Franken erhöht werden können, ist nicht klar. Deshalb sollen beide zusammen die 110'000 Franken ergeben und je mehr die Beiträge erhöht werden können, desto besser. Sollte letztlich immer noch ein Gap bestehen, wird um die 10 Prozent gekürzt werden müssen. Dies ist der Unterschied der beiden Anträge. Inhaltlich geht es jedoch um das Gleiche.

**Die Fraktionen der Die Mitte und der GLP stellen den Antrag, es seien die diversen Beiträge an die Sportvereine inkl. der Jugendförderung und der J+S Beiträge /J+M Beiträge zu prüfen und im Rahmen von 25% auf 50% zu kürzen. Weiter soll eine tiefere Kürzung, verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung der Gebühren für die Sportinfrastruktur, geprüft werden (Ziel: Fr. 110'000.- bspw. Fr. 40'000.- weniger Beiträge und Fr. 70'000.- Mehreinnahmen).**

**Heinz Flück** hat ein Verständnisproblem. Der erste Antrag sieht vor, dass wenn sich der Betrag mit den Einnahmen kompensiert lässt, die Beiträge nicht von 75 auf 50 Prozent reduziert werden. Der zweite Antrag dagegen, dass sowieso auf die 50 Prozent oder noch weiter reduziert wird. **Pascal Walter** konkretisiert, die Formulierung «eine tiefere Kürzung» meint nicht die Reduktion von 25 Prozent auf 50 Prozent. Sie meint, es wären auch 60 Prozent möglich.

**Corinne Widmer** ergänzt, es gibt Sportvereine, die keine Infrastruktur mieten oder mieten müssen. In diesem Fall geht diese Logik nicht auf. **Stefanie Ingold** schreitet ein und mahnt, es geht nicht um die Diskussion einer Lösung, sondern um die Prüfung.

**Jörg Aebischer** fügt an, die Idee hinter der Variante des Wirtschafts- und Finanzausschusses war, die J+S-Beiträge zusätzlich zu den Beiträgen des Bundes zu zahlen, jedoch nicht mehr im gleichen Umfang. Es wird aber weiterhin die vollen J+S-Beiträge geben. Der zweite wichtige Punkt und der im Antrag von Angela nicht enthalten ist, ist die Zielgrösse von 110'000 Franken. Kann nicht der gesamte Betrag über Benützungsgebühren eingenommen werden, ist der Rest durch Kürzung der J+S-Beiträge zu kompensieren. Es wird betrachtet, was über Sportinfrastrukturgebühren machbar ist, der Rest wird durch J+S-Beiträge oder J+M-Beiträge geleistet. So werden beide Anträge kombiniert. Es ist aber nicht die Idee, ein weiteres Mal zu diskutieren, wenn die erste Massnahme nicht erreicht wird. Es wird über die Zielgrösse von 110'000 Franken diskutiert. Aber es soll Spielraum offengelassen werden, wie diese Zielgrösse realisiert wird.

Die Anträge von Angela Petiti und der Die Mitte und der GLP werden einander gegenübergestellt.

**Dem Antrag von Angela Petiti, zu prüfen, ob auf eine Kürzung der J+S Beiträge verzichtet werden kann, wenn im Gegenzug die städtischen Gebühren für die Benützung der Sportinfrastruktur im selben Rahmen erhöht werden, stimmen 5 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Dem Antrag der Fraktionen der Die Mitte und der GLP, die diversen Beiträge an die Sportvereine inkl. der Jugendförderung und der J+S Beiträge /J+M Beiträge zu prüfen und im Rahmen von 25% auf 50% zu kürzen und eine tiefere Kürzung, verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung der Gebühren für die Sportinfrastruktur, zu prüfen, stimmen 23 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Die Abstimmung erfolgte bei 2 Enthaltungen.**

Der obsiegende Antrag der Fraktionen der Die Mitte und der GLP wird dem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses gegenübergestellt.

**Dem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses, die diversen Beiträge an die Sportvereine inkl. der Jugendförderung und der J+S Beiträge zu prüfen und die J+S Beiträge auf 50 Prozent zu reduzieren sowie die J + M Beiträge analog zu handhaben, stimmen 3 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Dem Antrag der Fraktionen der Die Mitte und der GLP, die diversen Beiträge an die Sportvereine inkl. der Jugendförderung und der J+S Beiträge /J+M Beiträge zu prüfen und im Rahmen von 25% auf 50% zu kürzen sowie eine tiefere Kürzung verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung der Gebühren für die Sportinfrastruktur zu prüfen, stimmen 24 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Die Abstimmung erfolgte bei 3 Enthaltungen.**

**Der Antrag der Fraktionen der Die Mitte und der GLP wird mit 26 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen angenommen.**

**Marianne Wyss**, SVP-Fraktion, stellt einen zusätzlichen Antrag zu Kultur und Sport. Wie bekannt ist, bestehen bei den Literatur- und Filmtagen Leistungsvereinbarungen. Da es nun ein Stadtfest gibt, beantragt sie, **ebenfalls eine Leistungsvereinbarung mit dem Stadtfest abzuschliessen.**

Es wird diskutiert, ob dieser Antrag bei Massnahme Nr. 19, wo ebenfalls die HESO oder die Fasnacht aufgeführt sind, aufzunehmen ist.

**Pascal Walter** äussert seine Meinung als Einzelsprecher. Er beantragt, diesen Antrag hier nicht aufzunehmen. Nicht, weil das Stadtfest nicht unterstützt werden soll, sondern weil ein Gesuch eingereicht werden soll, aus dem hervorgeht, um welche finanziellen Rahmenbedingungen und worum es inhaltlich geht. So kann das Gesuch geprüft werden. Bei den Literatur- und Filmtagen wird plus/minus grösser 100'000 Franken gesprochen. Bei der HESO wird vermutlich nicht von solchen Beträgen gesprochen.

**Jörg Aebischer** ist der Kontext nicht klar. Es wird um ein Entlastungsprogramm diskutiert, bei dem nun ein Antrag eingereicht wird, wonach es eine Leistungsvereinbarung mit dem Stadtfest geben soll. Für ihn gehört das nicht hierhin.

**Wolfgang Wagmann** ergänzt, das Stadtfest sei noch keine fixe Grösse. Es ist unklar, in welcher Kadenz es wieder durchgeführt wird bzw. ob es überhaupt nochmals durchgeführt wird. Er würde nicht auf Vorrat eine Klausel aufnehmen.

**Corinne Widmer** fügt an, dass das Stadtfest Premiere hatte, wobei die Stadt Geld gesprochen hatte. Die Frage wurde in der Gemeinderatskommission beraten, aktuell liegt aber noch keine Abrechnung vor. Sie erachtet den Antrag als verfrüht.

Stefanie Ingold lässt über den Antrag abstimmen.

**Der Antrag der SVP-Fraktion, mit dem Stadtfest sei eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen, wird mit 2 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

**Nr. 39** Die Defizitbeiträge der Stadt Solothurn an KreuzKultur sind dahingehend zu prüfen und weiterzuverfolgen, als dass eine Vereinheitlichung der Praxis anzustreben ist.

Für **Angela Petiti**, SP-Fraktion, stellt sich bei diesem Punkt die Frage, wie es im Kulturbereich weitergeht. Wenn jetzt dazu übergegangen werden soll, dass jedes Gesuch einzeln eingereicht werden soll, werden Veranstaltern wie KreuzKultur, die im letzten Jahr rund 40 Veranstaltungen durchgeführt haben, Steine in den Weg gelegt. Zudem ist bei diesem Punkt unklar, ob der Beitrag wegfällt oder geprüft wird. Aus diesem Grund reicht die SP den ergänzenden Antrag ein. Leistungsvereinbarungen bringen Sicherheit und sind eine faire Lösung. Es existiert nach wie vor keine Kulturkommission und solche Gesuche künftig einzeln einreichen zu müssen, erachtet sie als unverhältnismässig. Deshalb ersucht sie den Gemeinderat, dem Zusatz zu folgen.

**Die SP-Fraktion stellt den Antrag, die Massnahme Nr. 39 sei mit dem folgenden Satz zu ergänzen: «Bei nicht gewinnorientierten Kulturveranstaltern, die längerfristig und mehrere Veranstaltungen pro Jahr anbieten, soll die Stadt Leistungsvereinbarungen abschliessen.»**

**Heinz Flück**, bemerkt, die Fraktion der Grünen habe dies in eine ähnliche Richtung diskutiert. Bei der letzten Behandlung wurde gehört, dass es grundsätzlich um die Gleichbehandlung geht, daraus jedoch eine Menge an Gesuchen mit einem grossen Aufwand resultierten. Es ist angebracht, mit Institutionen oder Veranstaltern wie der KreuzKultur, eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen.

Gemäss **Stefanie Ingold** schliesst der Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses dies nicht aus.

**Angela Petiti** sieht dies nicht so. Wenn Vereinheitlichung bedeutet, dass jeder sein Gesuch einzeln einreichen muss, macht es einen grossen Unterschied, ob jemand 40 oder 2 Veranstaltungen durchführt. Für die Veranstalter ist es ein Aufwand. Vereinheitlichung kann in beide Richtungen gehen.

**Felix Epper** informiert, als Vorstandsmitglied des Vereins KreuzKultur für die anstehende Abstimmung in den Ausstand zu treten.

Die Stadtpräsidentin dankt ihm für die Offenlegung. Abgestimmt wird vorerst nur über die Ergänzung zum Antrag.

**Urs F. Meyer**, Leiter Rechts- und Personaldienst betont, der Wirtschafts- und Finanzausschuss verlange die Prüfung. Die Ergänzung der SP ist eine absolute Äusserung. Sollte diese ebenfalls geprüft werden, müsste diese umformuliert werden.

**Die Ergänzung der SP-Fraktion, wonach ebenfalls zu prüfen ist, ob mit nicht-gewinnorientierten Kulturveranstaltern, die längerfristig jährlich mehrere Veranstaltungen anbieten, eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden sollen, wird mit 13 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.**

**Nr. 74** Der Beitrag an Private für denkmalgeschützte Bauten ist zu streichen und deshalb weiterzuverfolgen.

**Ladina Schaller**, Grüne, reicht keinen Antrag ein, will aber ein nicht angemeldetes Votum zur Massnahme Nr. 74 einbringen. Der Beschluss des Wirtschafts- und Finanzausschusses war nicht einstimmig, respektive führte zu Diskussionen. In der Beratung wurde das Argument angefügt, die Ortsplanungsrevision sei noch nicht genehmigt und folglich könnten noch

Änderungen vorgenommen werden. Die Fraktion der Grünen erachtet dieses Argument als kritisch. Es lässt sich auch umgekehrt betrachten. Auch wenn die Ortsplanungsrevision noch nicht genehmigt ist, wurde das Mitwirkungsverfahren durchgeführt und sie wurde öffentlich aufgelegt. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision wurden sehr viele neuen Gebäude und Objekte inventarisiert. Die entsprechenden Liegenschaftsbesitzer waren bei dieser Liegenschaftsinventarisierung davon ausgegangen, dass sie entsprechende Beiträge erhalten. Wird dies nachträglich geändert, ist dies salopp ausgedrückt, eine Verarschung der betreffenden Liegenschaftseigentümer. Gegebenenfalls hätten sich mehrere der betroffenen Liegenschaftsbesitzer überlegt, Einsprache zur Inventarisierung zu erheben. Aus diesem Grund ist diese Massnahme kritisch. Die Fraktion der Grünen könnte sich vorstellen, im Titel – entgegen dem Antrag mit dem Wortlaut «Streichung» der Beiträge – diese Beiträge zu reduzieren und auf 20'000 Franken pro Jahr zu fixieren. So könnte immer noch ein guter Anteil unterstützt werden und die Unterstützung an Vorgaben geknüpft werden. So, dass die Sanierungen zumindest im Sinne der energetischen Massnahmen erfolgen. **Ladina Schaller empfiehlt namens der Fraktion der Grünen, der Massnahme Nr. 74 nicht Folge zu leisten.**

**Heinz Flück** ist irritiert über die Erwähnung des Inventars, wo es um die erhaltens- und schützenswerten Objekte geht. Vorliegend geht es nur um kantonal denkmalgeschützte Objekte. Insofern hat die Massnahme mit diesem Inventar nichts zu tun.

**Ladina Schaller** präzisiert, es gehe im vorliegenden Antrag um die kommunal schützenswerten Bauten und Kulturdenkmäler, für welche die Gemeinde Solothurn zusätzlich Beiträge leisten kann. Es geht nicht um die denkmalgeschützten Bauten. Dort leistet der Kanton ohnehin Beiträge.

Es wird separat über die Massnahme abgestimmt.

**Die Massnahme Nr. 74 des Wirtschafts- und Finanzausschusses wird mit 22 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.**

**Nr. 75** Es wird empfohlen die Eintrittsgebühren der Erwachsenen für das Freibad auf Fr. 7.- zu erhöhen und eine Anpassung der Saisonabonnements zu prüfen. Somit soll die Massnahme weiterverfolgt werden.

**Corinne Widmer** erkundigt sich, ob dem Gemeinderat die Begründung bekannt ist, die sie den Fraktionspräsidien zugestellt hatte. Sie erläutert, seit 2015 wurde in mehreren Etappen fast 12,5 Mio. Franken investiert. Nun sollen erneut 725'000 Franken für die Kanalisation und Hochbauten investiert werden. Dieser Betrag muss nicht genehmigt werden oder der Antrag kann verschoben werden. Aus diesen Gründen wurde beantragt, höhere Eintrittspreise für auswärtige in sämtlichen Preiskategorien zu prüfen. Die Bevölkerung hat schon viel bezahlt, weshalb eine Abstufung zu den Auswärtigen zu prüfen ist. Es handelt sich um eine Erweiterung des Prüfauftrags.

**Die SP-Fraktion stellt den Antrag, den Prüfauftrag dahingehend zu erweitern, nicht nur die Erhöhung der Erwachsenenbeiträge ins Schwimmbad zu prüfen, sondern insbesondere höhere Eintrittspreise für Auswärtige (sämtliche Preiskategorien). Zudem sollen ermässigte Eintritte für AHV/IV und Lernende geprüft werden.**

**Charlie Schmid** warnt dringend davor, es sei denn, die Anwesenden hätten im Sportzentrum Zuchwil je ausweisen müssen, aus Solothurn zu sein.

**Pascal Walter** entgegnet, bei Eintritten für die Traglufthalle in Zuchwil profitieren Solothurnerinnen und Solothurner von günstigeren Tarifen, weil Solothurn diese Traglufthalle mitfinanziert hat. Andere Gemeinden, die die Traglufthalle nicht mitfinanziert haben, bezahlen mehr. **Stefanie Ingold** weist darauf hin, dass verschiedene Modelle geprüft werden können.

Der umformulierte und ergänzte Antrag der SP-Fraktion wird dem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses gegenübergestellt.

Auf den Hinweis von **Christian Riggenbach**, dass im ergänzenden Antrag kein Betrag für die Prüfung der höheren Eintrittspreise enthalten ist, bemerkt **Corinne Widmer**, bewusst auf Beiträge verzichtet zu haben. Dies muss beraten werden. **Heinz Flück** erachtet die Formulierung als korrekt.

**Dem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses, wonach zu prüfen ist, die Eintrittsgebühren der Erwachsenen für das Freibad auf Fr. 7.- zu erhöhen und eine Anpassung der Saisonabonnemente zu prüfen, stimmen 14 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Dem Antrag der SP-Fraktion, nicht nur die Erhöhung der Erwachseneneintritte ins Schwimmbad zu prüfen, sondern auch höhere Eintrittspreise für Auswärtige (sämtliche Preiskategorien) und ermässigte Eintritte für AHV/IV und Lernende zu prüfen, stimmen 16 Gemeinderatsmitglieder zu.**

**Der Gemeinderat stimmt dem obsiegenden Antrag der SP-Fraktion mit 26 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen zu.**

**Allen weiteren Massnahmen der Kategorie Kultur und Sport wird gemäss den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

#### Liegenschaften

**Dem Massnahmenpaket der Kategorie Liegenschaften wird gemäss den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses einstimmig zugestimmt.**

#### Personalaufwand

**Dem Massnahmenpaket der Kategorie Personalaufwand wird gemäss den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses mit 27 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.**

#### Betriebs- und Sachaufwand

**Nr. 88** Die Massnahme das Energielabel Gold nicht mehr anzustreben, soll weiterverfolgt werden, da auch ohne das Label professionell und nachhaltig gebaut werden kann.

**Claudio Hug**, Fraktion der Die Mitte/GLP, kündigte seinen Antrag bereits anlässlich der letzten Sitzung an. Obwohl das Thema von grundsätzlicher Bedeutung ist und lange darüber diskutiert werden könnte, verzichtet er an dieser Stelle darauf. Der menschengemachte Klimawandel ist

eines der wichtigsten Probleme, wenn nicht gar das wichtigste Problem der heutigen Zeit. Viele sehen das anders und sind der Meinung, es wird ja etwas dagegen getan. Es muss jetzt gehandelt werden. Die Wissenschaft sagt, dass längst fünf nach zwölf ist. Aus Sicht der Fraktion geht es nicht nur um das Label, sondern es sind auch Dienstleistungen. Wenn es nur ein Label wäre, könnte dem zugestimmt werden, aber wer den Inhalt kennt weiss, dass es Benchmarks gibt oder auf Erfahrungen anderer Gemeinden zurückgegriffen werden kann. Insgesamt pusht das Label und mit dem Label wird mehr getan als ohne. **Deshalb ist es die einzige Massnahme, die die Mitte/GLP-Fraktion zur Ablehnung beantragt.**

**Ladina Schaller** schliesst sich ihrem Vorredner an. Weil sie ein Votum zum eigenständigen Traktandum vorbereitet hat, will sie sich an dieser Stelle kurzhalten. Das energiepolitische Massnahmenprogramm 2024 – 2028 kann unabhängig vom Label und unabhängig von einem Energiestadt-Berater weitergeführt werden. Wird darüber beraten, ob der Vertrag weitergeführt, respektive die Massnahme aus dem Finanzplan gestrichen werden soll, muss beurteilt werden, ob es sinnvoll und zweckmässig erachtet wird, das energiepolitische Massnahmenprogramm weiterzuführen. Aus Sicht der Grünen sprechen zusammengefasst zwei Gründe für das Label und das EPOLI. Dies ist einerseits die Signalwirkung des Labels, bzw. die mögliche Signalwirkung, wenn plötzlich entschieden wird, auf das Label zu verzichten. Andererseits ist es der Effekt des Labels selbst. Bezüglich der Signalwirkung hat bereits Claudio Hug darauf hingewiesen, dass es fünf vor zwölf ist. Auf der Website der Energiestadt Gold-Gemeinde Zuchwil ist zu lesen: «Energie und Ressourcenverbrauch sind die wichtigen Themen in einer Welt, in der zwar die Bedürfnisse wachsen, der Planet Erde jedoch nicht grösser wird.» Diese Aussage trifft es auf den Punkt. Das EPOLI misst, vergleicht, bewertet und kommuniziert die Anstrengungen der Stadt, Energie zu sparen und die Stadt umweltbewusst und nachhaltig zu gestalten sowie zu unterhalten. Der Nutzen des Goldlabels wird im Antrag schön ausformuliert: Es erhöht das Bewusstsein, es stärkt die regionale Wertschöpfung und es senkt langfristig Energiekosten. Ferner hat die Stadt ein Standortmarketing, mit dem sie gegen aussen vertreten werden kann. Und zu guter Letzt: Mit dem Goldlabel wird die Stadt Solothurn vom Bund weiterhin mit 10'000 Franken subventioniert. Soviel zur Signalwirkung. Wenn noch auf den Effekt des Labels eingegangen wird, ist es im Antrag gut zusammengefasst: Das Label (und das EPOLI) gewährleistet eine kontinuierliche, energiepolitische Standortbestimmung, dient als Arbeitsführungs- und Controlling-Instrument und ist öffentlichkeitswirksam. Die Fraktion der Grünen bezweifelt sehr, dass dies ohne Energiestadt-Berater gewährleistet werden kann. Wie Claudio Hug bereits gesagt hat, fördert das Label und EPOLI die Umsetzung der Massnahmen und es motiviert, dranzubleiben. **Aus diesem Grund wird die Fraktion der Grünen dem Antrag nicht zustimmen.**

**Ladina Schaller stellt den Antrag über die Massnahme Nr. 88 separat zu beschliessen.**

**Markus Jäggi** führt aus, es sei bereits bei der Einführung des Labels darüber diskutiert worden und die FDP-Fraktion war damals der Meinung, es brauche dieses Label nicht zwingend, um in dieser Gemeinde umweltfreundlich zu sein. Es ist unbestritten, dass etwas getan und zur Umwelt Sorge getragen werden muss. Sie sehen aber nicht ein, weshalb so viel Geld für ein Label ausgegeben werden soll. Bereits letzte Woche war in der Presse zu lesen, dass andere Gemeinden überlegen, ob weiterhin so viel Geld dafür ausgegeben werden soll. Die Fraktion ist für die Umsetzung der Massnahmen, dies kann aber ohne Label geschehen. Zur Ergänzung: Solothurn ist zudem als kinderfreundliche Gemeinde ausgezeichnet, verfügt aber über keinen anständigen Spielplatz.

**Heinz Flück** mahnt, es geht hier nicht um das Geld für das Label. Es geht um das Monitoring. Wie bereits in anderen Verwaltungsbereichen festgestellt wurde, ist ein Monitoring nicht einfach und die internen Kapazitäten dazu fehlen. Dies zeigt das Beispiel ICT. Im Jahr 2020 wurde eine externe Firma damit beauftragt, Massnahmen für die Verbesserung der ICT-Steuerung und -überwachung vorzuschlagen. Wie die Überwachung und Steuerung funktionieren soll,

wurde nicht von der Verwaltung erarbeitet. Wenn man sich Ziele setzt, muss regelmässig ein Ist-Soll-Vergleich gemacht werden. In den vergangenen sechs Jahren wurde nie ein Ist-Soll-Vergleich gemacht. Der Grund ist offensichtlich: Niemand in der Informatik hat einen entsprechenden Auftrag und offenbar bestehen auch keine Kapazitäten dazu. Ähnliches lässt sich auch beim Naturinventar feststellen, das im Rahmen der Ortsplanungsrevision erstellt wurde. Es gäbe noch weitere Beispiele. Das Fazit: Wird nicht ein externer Auftrag vergeben, bleibt das Controlling auf der Strecke und die schönen Konzepte sind nach ein paar Jahren nicht mehr wert als das Papier, auf dem sie gedruckt sind. Wird über die energiepolitischen Massnahmen beschlossen, kann man es sich nicht leisten, das Monitoring und das Controlling einfach wegzulassen. Ein Monitoring benötigt es auch ohne Label. Es geht nur um die reinen Zertifizierungskosten von 4'000 Franken, die alle vier Jahre anfallen und nicht um die 20'000 Franken für das Monitoring. Diese 4'000 Franken sind weniger als für ein alternatives, internes oder externes Monitoring benötigt würde. Wie bereits von der Vorrednerin gesagt, wird zudem noch etwas vom Bund zurückkommen. Das Fazit ist somit: Wenn die energiepolitischen Massnahmen ernsthaft weiterverfolgt werden sollen, muss auch das Energiestadt-Label angenommen werden. Es würde finanziell nichts bringen, diese Massnahme zu kippen, wenn ein ernsthaftes und korrektes Monitoring gemacht werden soll.

**Angela Petiti** bedankt sich als Einzelsprecherin bei Claudio Hug für den Antrag. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass über längere Zeit die Energiekosten gesenkt werden können. Und vor allem auch die Lebensqualität gesteigert werden kann. Sie befürchtet, dass die Massnahmen verwässern, wenn das Label nicht mehr ist. Sie wird dem Antrag zustimmen.

**Pascal Walter** erläutert, was im Wirtschafts- und Finanzausschuss diskutiert wurde. Das Thema wurde auch noch dem Umwelt- und Bauausschuss weitergeben, um dort die Meinung abzuholen. Im Ausschuss gab es einige Stimmen, die sich dafür aussprachen und der Meinung waren, das Geld für die externe Beratung könne man sich sparen. Dies entspricht der Meinung des Wirtschafts- und Finanzausschusses. Die 20'000 Franken setzen sich aus 5'000 Franken für das eigentliche Label und 15'000 Franken für den externen Berater zusammen.

**Die Massnahme Nr. 88 des Wirtschafts- und Finanzausschusses, wonach das Energie-label Gold nicht mehr anzustreben sei, weil auch ohne das Label nachhaltig gebaut werden kann, wird mit 17 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.**

**Den weiteren Massnahmen der Kategorie Betriebs- und Sachaufwand wird gemäss den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses einstimmig zugestimmt.**

#### Steuern

**Den Massnahmen der Kategorie Steuern wird gemäss den Anträgen des Wirtschafts- und Finanzausschusses mit 26 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme bei 4 Enthaltungen zugestimmt.**

**Verteiler (elektronisch)**

Stadtpräsidium

Finanzverwalter

Vorsitzender Wirtschafts- und Finanzausschuss

ad acta 910-3

Der Stadtschreiber:

Handwritten signature in blue ink, appearing to read "U. Unterwiesing".

Die Protokollführerin:

Handwritten signature in blue ink, appearing to read "D. Fischer".